

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Das „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Hirtstraße 4/6, durch die Geschäfte der „Volksmacht“, Neue Hauptstraße 21 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Bismarckstraße 11, Marktstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 10 Pf. Rmt., monatlich 1,35 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 1,20 Rmt. Durch die Post einlegt Zustellungsgebühren 2,00 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegen., Stellengesuche, Verträge, Verdingungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Hirtstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

### Die Verschärfung des Nationalitätentampfes in Oberschlesien.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ schreibt:  
Die kriegerische Rede des Reichsministers Hergt gegen die Anerkennung der oberschlesischen Grenze hat nicht nur bei den ausländischen Regierungen in West und Ost ein unfreundliches Echo hervorgeufen. Nachdem schon der deutsche Außenminister durch seine gemeinsame Erklärung mit dem polnischen Gesandten in Berlin ihre Wirkung aus der Welt zu schaffen suchte, ist erst in Oberschlesien selbst, wenige Kilometer von Weutchen entfernt, die Antwort der polnischen Nationalisten erfolgt. Sie bestand in den bereits gemeldeten überaus provozierenden Terrorakten gegen die deutschen Gemeindeglieder der ostoberschlesischen Stadt Rybnik.  
Der Zusammenhang mit der vorhergehenden deutschen Nationalistenrede ist für diese folgen schweren Ausschreitungen keine Entschuldigung. Abzuleugnen ist er freilich nicht: ohne den schlechten Eindruck der Hergtrede auf die öffentliche Meinung Westeuropas hätten die polnischen Behörden sicherlich nicht gewagt, von sich aus eine solche neue Provokation zuzulassen. Denn nicht gegen den nationalpolitischen polnischen Insurgenten-Verband müssen sich in erster Reihe die Vorwürfe wegen der Rybniker Vorkommnisse wenden. Dieser „Bund der ehemaligen Aufständischen Oberschlesiens“ ist ja formell nur ein Privatverein, der zu völkerrächtlicher Verantwortung nicht gezogen werden kann. Es ist die Mitgliedschaft des höchsten ostoberschlesischen Regierungsbeamten, des Wojewoden Dr. Grazynski, und die daraus folgende Duldung solcher Rechtsbrüche durch die nachgeordneten Polizeibehörden, die das Treiben des Insurgenten-Verbandes erst ermöglicht.

Die Rybniker Ausschreitungen stehen ja nicht vereinzelt da. Sie entsprechen einer ganz allgemeinen neuen Verschärfung des Nationalitätentampfes in Oberschlesien. Darüber berichten eingehend alle deutschen Organisationen und Politiker des Grenzlandes von den Sozialisten bis zu den rechtsstehenden Gruppen. Der Hauptangriff des polnischen Nationalismus richtet sich diesmal gegen die deutschen Arbeiterorganisationen. Die Polenführer haben erkannt, daß in den Massenverbänden der eigentliche Hebel eines selbständigen Deutschtums unter der Fremdherrschaft ruht. Während daher die deutschen Industriellen des polnisch gewordenen Industriebezirktes nicht nur von dem rechtsstehenden Abg. Koranyi auf Grund alter finanzieller Beziehungen umworben und gefördert werden, sondern kürzlich auch in ehrenvoller Weise beim polnischen Staatspräsidenten in Warschau empfangen werden konnten, richtet sich gegen die deutschen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen auch der wirtschaftliche Druck der sie mit Drehungen aller Art in polnische Verbände pressen will. Das ist nicht etwa nur die Meinung der von der jetzigen Hergt-Kampagne am meisten betroffenen deutschen Sozialisten und freien Gewerkschafter Oberschlesiens. Auch auf der Tagung der Deutschen Katholischen Volkspartei, die jenseits in Rattowitz stattfand, wurde offen ausgesprochen, daß die deutschen Arbeiter und Angestellten den eigentlichen Vortrupp im Nationalitätentampfe ausmachen, während die deutschen Großunternehmer sich ihm entziehen.

Die deutsche Grenzlandpolitik wird diese Tatsachen nicht übergehen dürfen. Sie wird sie auch bei größeren politischen Entscheidungen, z. B. über die offenen Handelspolitischen Fragen zu berücksichtigen haben. Jede weitere Schädigung des oberschlesischen Arbeitsmarktes durch Fortleitung der Abzerrungspolitik, die die natürlichen Absatzverbindungen Oberschlesiens nach Deutschland hin zerstört, wird auf dem Rücken der deutschen Arbeiterschaft ausgetragen. Jede Verlängerung dieses Wirtschaftskrieges erleichtert den polnischen Nationalisten die Boikottmachung von weiteren tausenden deutscher Arbeiter und Angestellten, die regelmäßig als erste bei Verschärfungen der Wirtschaftslage ihre Stellen verlieren. Nicht Entzückungsbildungen können diesen Opfern des Kampfes um das Deutschtum helfen, sondern nur wohl überlegte wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Existenzgrundlagen dieser Schichten sichern, in dem sie sie ihrem jetzigen Staat wieder wirtschaftlich unentbehrlich machen. In guten Zeiten braucht Oberschlesien den deutschen Qualitätsarbeiter. Deutschland hat kein nationales Interesse daran, seine Landsleute jenseits der Grenze wirtschaftlich entbehrlich zu machen.

### Der Bürgerblock gegen den Bäderabus.

**60stündige Arbeitszeit und Aufhebung der Sonntagsruhe.**  
Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bädereien und Konditoreien eingebracht. Danach darf die regelmäßige Arbeitszeit der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, ausschließlich der Pausen, acht Stunden nicht überschreiten. Jedoch kann der an einzelnen Werktagen eintretende Ausfall an Arbeitsstunden durch Mehrarbeit an anderen Tagen ausgeglichen werden. In Betrieben, in denen zum erheblichen Teil „Arbeitsbereitschaft“ vorliegt, kann eine abweichende Regelung getroffen werden; jedoch darf die Arbeitszeit, einschließlich der Arbeitsbereitschaft, 60 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. An Sonn- und Festtagen ist „nur“ während zwei Stunden die Herstellung leicht verderblicher Konditorwaren erlaubt. Ferner dürfen nach 6 Uhr abends während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebes am folgenden Werktag notwendig sind.  
So sieht der „Arbeiterblock“ des Bürgerblocks aus.

Im Wohnungsanschlag des Reichstages wurden 10 Millionen zum Zwecke der Verbilligung des Kleinwohnungsbaus, für bautechnische Versuchs- und Lieblingen bewilligt.

## Die Annahme des Schutzgesetzes

36 Deutschnationale drücken sich.

Auch das Jugend-Lustbarkeits-Gesetz in 3. Lesung angenommen.

Bei der gestrigen Schlussabstimmung über das Republik-Schutzgesetz hat sich die Verlegenheit der Deutschnationalen, die damit ein Instrument gegen die Rückkehr des Kaisers bewilligen, in zwei Momenten besonders deutlich gezeigt.

Der deutschnationale Führer Graf Westarp, der den Antrag auf Verlängerung des Gesetzes an erster Stelle unterzeichnet hat, war zum Wort gemeldet. Er erschien aber im richtigen Augenblick nicht im Saal, und als man ihn holte, erklärte er, eigentlich lieber gar nicht sprechen zu wollen. Das wurde sehr verständlich, als Westarp dann doch einige Bemerkungen machen mußte und dabei einerseits die Verlängerung des Paragraphen gegen den Kaiser billigte, andererseits erklärte, daß die Haltung der Deutschnationalen zur Monarchie auch nach dem Eid ihrer Minister auf die republikanische Verfassung und nach ihrer Abstimmung für dieses Gesetz unverändert sei!

Nicht weniger als 36 deutschnationale Abgeordnete, die ein gutes Drittel dieser Fraktion ausmachen, fehlten dann im Augenblick der Abstimmung, die ihnen nach so schwachen Reden ihres Führers denn doch allzu peinlich werden mußte. Aus Mittelschlesien hat nur der zu allem bereite strebsame Jurist Schaeffer für das Gesetz gestimmt, während alle drei anderen deutschnationalen Abgeordneten unter Führung von Freitag-Loringhoven durch Abwesenheit glänzten. Unter den übrigen Fehlenden waren u. a. Herr Jugenberg und Herr Quack, aus den industriellen Scharfmacherkreisen, Admiral Tirpich und der frühere Staatssekretär Wallraf aus dem Kreis der ehemaligen kaiserlichen Minister, der Angestelltenführer Lambach und eine Anzahl von Großagrariern unter Führung des pommerischen Rittergutsbesitzers Schlangenschönigen, der um dieselbe Zeit im Preussischen Landtag gegen Republik-Schutzgesetz sprach. Während drei von den deutschnationalen Ministern, nämlich Hergt, Reubell und Schiele zur Stelle waren, um für das Gesetz zu stimmen, verabschiedete sich der im Hause anwesende vierte deutschnationale Minister, der christliche Gewerkschafter Rasch, vor der Abstimmung gleichfalls aus dem Saal. Die Republik hat also zurzeit einen Minister, der ihr demonstrativ den von seinen Kabinettskollegen für notwendig gehaltenen Schutz verweigert!

Die Gefühle solcher Leute wie Rasch, Freitag-Loringhoven und Genossen — soweit sie nicht aus einfacher Angst vor dem Wähler oder vor der völkischen Konkurrenz diktiert sind — spricht unter den deutschnationalen Blättern am schärfsten die „Deutsche Zeitung“ aus. Sie appelliert an Hindenburg, daß wenigstens er dieses 1922 von den Sozialdemokraten Ebert, Köster und Radbruch unterzeichnete Gesetz jetzt nicht wie Hergt und Reubell unterschreiben möge. Das Blatt wütet weiter gegen das — von seinem Parteiführer Westarp beantragte — „Ausnahmegesetz zum Zweck der Gefinnungsfeststellung, das den Kaiser außerhalb des Rechts stellt, das jeder deutsche Staatsbürger haben sollte“. Hindenburg wird auch diese Hoffnung, wie schon so manche andere, natürlich enttäuschen. Er wird das „Ausnahmegesetz“ wohl schon in diesen Tagen mit seinem Namen unterschreiben.

Nach dem Republik-Schutzgesetz hat gestern auch das Gesetz zum angebotlichen Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten in dritter Lesung gefunden. Ein paar kleine Verbesserungen sind diesmal durch unsere Kritik wenigstens hineingekommen, wenn auch das ganze Nachwerk immer noch weit mehr zur Unterdrückung unangenehmer kultureller Veranstaltungen als zum wirklichen Schutz der Jugend dienen wird, für den jedes Stüchlein Wohnungsreform in den Massenquartieren wichtiger wäre. Bezeichnenderweise ist das Filwesen zum Schluss auf einen Antrag der Volkspartei plötzlich noch von allen Bestimmungen des Gesetzes ausgeschlossen worden. Ein Kommunist meinte, die großen KinoKonzerte hätten wohl eingegriffen. Wir glauben nicht, daß er Unrecht haben wird. Ein Vortragabend wertvoller moderner Dichtung für die Jugend ist jetzt also vorgezogen, während es für das Kino

bei den alten — allerdings auch ausreichenden — Bestimmungen bleibt. Die Wege des Bürgerblocks sind wunderbar! —m.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Lösser eröffnet. Es folgt die dritte Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Initiativgesetzes zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Abg. v. Gräfe-Medlenburg (Bölk.) nennt diese Vorlage eine „Ausgeburt“ von Angst und Unfreiheit. Ein Volk, das seinem Monarchen eine Rückkehr in die Heimat durch Gesetz verbiete und wenn das auch Leute tun, die selber in Ehrerbietung vor ihm erstorben seien, so sei das eine Erbärmlichkeit und erschütterte den Redner tief (Seiterkeit.) Die Deutschnationalen hätten sich dem Druck des Zentrums gebeugt. Eine wirklich nationale Partei hätte es niemals soweit kommen lassen dürfen.

Der Präsident lüftet als nächsten Redner den Abg. Graf Westarp an. Er ist aber nicht im Hause, so daß der Präsident die allgemeine Ausprache wieder schließt. Erst bei der Einzelberatung erscheint Graf Westarp im Hause, mit lebhaften Zurufen von der Linken begrüßt.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, daß er eigentlich nicht in die Debatte eingreifen wollte, da die Rede der Opposition sachliche Gesichtspunkte nicht enthalten hätte. (Wohlg. Seiterkeit.) Vor der Abstimmung wolle er aber noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt seiner Fraktion darlegen. Die Stellungnahme seiner Fraktion sei unverändert die, daß dem Kaiser die Rückkehr ermöglicht werden müsse. (Seiterkeit.) Aber die dem Initiativantrag beigefügte Interpellation stelle die weitere Prüfung der Frage in Aussicht, welche Einzelheiten aus dem Republik-Schutzgesetz in das Strafgesetzbuch einzufügen, welche aufzuheben seien. Um diese Prüfung zu ermöglichen, stimmen die Deutschnationalen der Verlängerung des Republik-Schutzgesetzes auf kurze Frist zu. (Seiterkeit links und in der Mitte.)

Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):  
Ich gebe zu, daß die Rolle, die Herr Graf Westarp hier vor uns spielen mußte, keine beneidenswerte war. (Sehr wahr! links.) Er mußte deshalb in dieses hohe Haus fast so hereinkommen, wie der Privatkläger, der zum Termin eine Minute zu spät kommt. Wenn Herr Graf Westarp seine Rede damit begann, daß er die Reden der Opposition als inhaltlos bezeichnete, so ist zu prüfen, ob die Rede des Herrn Grafen Westarp einen sachlicheren Inhalt als die Reden der Opposition gehabt hat. Graf Westarp hat seine Rede nur gehalten, weil er Opposition in seiner eigenen Partei hat. Gewissensbisse dürften ihn gewiß nicht auf die Tribüne getrieben haben. Die Deutschnationalen haben seit Monaten das Bekennen unterlassen und nur in Taktik sich geübt und ständig Rückzugsbefehle ertönen lassen. (Hört! hört!)

Die Tatsache bleibt, daß in diesem Gesetz, wenn auch nur eine Kannbestimmung in ihm ist, dem Kaiser die Rückkehr verweigert wird. Nun wollen die deutschnationalen Minister im Kabinett für die baldige Rückkehr des Kaisers arbeiten. Im § 23 dieses Gesetzes heißt es aber: Mitgliedern solcher Familien usw. ist das Betreten des Reichsgebietes untersagt oder der Aufenthalt auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches beschränkt, falls die Besorgnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Ich frage die Regierungsparteien und die Reichsregierung, ob sie bereit sind, dem Drängen des Grafen Westarp und seiner Freunde in der Regierung nachzugeben, wenn die Voraussetzung, die hier im § 23 festgelegt ist, nicht erfüllt ist. Praktisch bleibt es aber dabei, daß sie unter Führung der Herren Hergt und Reubell am Kopfsteuer die Republik schützen, während sich Wilhelm II. in Doorn von Bart bei lebendigem Leibe durch den Tisch wachlen lassen kann. (Wohl rechts, Seiterkeit bei den Soz.) Ich weiß nicht, ob diese Haltung, die Sie hier einnehmen, nicht eine zu kurze Verfassungskaprobe für Ihre nationalen Wähler sein wird. Über dessen können Sie verächtlich sein: Wenn Ihnen nach dieser Haltung die nationalen Wähler treu bleiben, dann wird keine Partei Sie um solche Wähler beneiden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Hönke (Komm.) führt aus, daß das Republik-Schutzgesetz schon deshalb beseitigt werden müsse, weil es von Verurteilten der Stahlfabrik ausgeführt werde.

Die Schlussabstimmung ist auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Gegen das Gesetz stimmen die Kommunisten, die Völkischen, die Nationalsozialisten und die Deutsch-Hannoveraner. Das Gesetz wird mit 323 gegen 41 Stimmen angenommen.

Präsident Lösser stellt die für Verfassungsänderungen erforderliche qualifizierte Mehrheit fest.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt, nunmehr die Krisenfürsorge zu beraten, da die zum Jugend-Schutzgesetz von der Sozialdemokratie gestellten Anträge noch nicht im Druck erschienen sind. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Das Haus tritt in die dritte Lesung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten ein.

Abg. Sedewitz (Soz.):  
Der Reichsminister des Innern hat bisher trotz mehrfacher Aufforderung nicht gesprochen, obwohl in dem Gesetz eine Reihe von Bestimmungen enthalten sind, die bringen einer Erklärung bedürfen. Was ist unter „Lustbarkeiten“ zu verstehen? So lange von der Regierung nicht



# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Tagung des Zentralverbandes der Angestellten.

22. u. 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung des Z.V. ist am Montag in das Stadium erster Arbeit getreten. Davon zeugt übrigens auch die Ausstellung der Arbeiten jugendlicher Mitglieder, die außerordentlich beachtenswerte Leistungen enthält. Hervorzuheben sind neben den eigentlichen Berufsarbeiten die zahlreichen künstlerischen Arbeiten von Jugendlichen.

Die Diskussionen tragen einen durchaus sachlichen Charakter. Es werden natürlich Kritiken und Wünsche vorgebracht, auch bei Abstimmungen herrscht selten Einstimmigkeit. Aber die Meinungsdivergenzen werden in der kameradschaftlichen Weise ausgeglichen. Es gibt keine „grundtätliche Opposition“, keine von außen hereingetragene Parole, keine zwecklosen und unmaßlichen Debatten. Dieser fast in allen anderen Gewerkschaften nicht vorhandene erfreuliche Umstand erklärt sich aus dem Umstand, daß unter den Delegierten nicht ein einziger Kommunist sich befindet. Die Beschlüsse des Verbandstages in Kassel haben ihre Wirkung getan. Der Verbandstag ist deshalb auch über die Denkschrift der kommunistischen Abgeordneten Tolger und Casper, die die Aufhebung der Kasseler Beschlüsse verlangt, und noch andere ähnliche Anklagen enthält, mit erdrückender Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen.

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten nahm nach der Wahl des Büros zunächst den Bericht des Hauptvorstandes durch den Verbandsvorsitzenden Urban entgegen. Die Berichtsperiode stand im Zeichen der Rationalisierung. Gegenwärtig sind 149.538 zahlende Mitglieder vorhanden. In dieser Zahl sind die Erwerbslosen nicht einbezogen. Das bedeutet gegenüber dem Verbandstage in Kassel einen Rückgang, der aber fast ausschließlich auf das Konto der schlechten Wirtschaftslage zurückzuführen ist. In Kassel hat der Verband mitgebrachten Front machen müssen gegen die linksradikalen Treibereien im Verband. Der Erfolg sei gut gewesen. Seitdem die inneren Streitigkeiten aufgehört hätten, könne ein zwar langsames, aber ständiges Anwachsen der Mitgliederzahl konstatiert werden. Die Stellenvermittlung des Verbandes noch besser auszubauen, müsse die besondere Aufgabe der Organisation in der nächsten Zeit sein. Eine alte Forderung des Verbandes sei die Beseitigung der Konkurrenzklause. Eine andere wichtige Frage, die den Verbandsvorsitzenden beschäftigte, sei die Frage der Handelsausfuhr. Die Forderung auf Wiedereinführung des Achtstundentages sei von den Bürgerblockparteien abgelehnt worden. In dieser Frage bliebe daher nur die Selbsthilfe übrig. Freiwillig solle sich kein Angestellter bereit finden, länger als acht Stunden zu arbeiten.

In Bezug auf das Berufsausbildungsgebot bemerkt Urban, daß das, was bis heute erreicht worden sei, als wenig befriedigend angesehen werden müsse. Man werde bei den letzten Beschlüssen bleiben und nichts von den notwendigen Forderungen preisgeben. Urban besprach dann in längerer Ausführungen die Tarifpolitik des Verbandes. Er betont, daß die Zahl der Tarifverträge gestiegen sei. Im Jahre 1925 seien beispielsweise 869, im Jahre 1926 aber 926 Tarifverträge abgeschlossen worden. Die Gehälter der Angestellten seien, gemessen an den Bezügen der Vorkriegszeit, wesentlich zurückgegangen. Seit dem letzten Verbandstage habe der Hauptvorstand sechzig Vorschläge aus der Organisation ausstufen müssen wegen verhältnismäßigem Verhalten. Darunter sei ein Teil, der sich entgegen den Beschlüssen des Kasseler Verbandstages mit kommunistischer Zellenarbeit in der Organisation beschäftigt habe. Der gegenwärtige Verbandstag müsse die Kasseler Beschlüsse bekräftigen, weil man sonst wieder zu den alten Zuständen komme. Man habe zwar die Kommunisten in der Organisation kaum noch zu fürchten, aber man wisse doch, daß sie sich alle daran einig seien, die Gewerkschaften ihren kommunistischen Zwecken dienlich zu machen.

Urban macht dann noch die Mitteilung, daß der Kollege Siebels seine Pensionierung als Vorstandsmittglied beantragt habe, da sein Gesundheitszustand sehr schlecht ist. Der Redner bedauert außerordentlich, daß die wertvolle Arbeitskraft Siebels der Organisation verloren gehe. Das wesentlichste Verdienst Siebels war es, den Verband der Büroangestellten ins freigewerkschaftliche Fahrwasser geleitet zu haben. Unter großem Beifall der Versammlung sprach Urban dem Kollegen Siebels den Dank der Organisation aus. Dann folgten Berichte über die Kasse, den Beirat, die Tätigkeit der Revisionskommission, die Jugendarbeit des Verbandes, die Presse und die Pensionskasse.

Im Anschluß an die Mittagspause erfolgte die Diskussion. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des Vertreters des Saargebietes, der außerordentlich schweren Opfer schilderte, die von den dortigen Angestellten für ihre Treue zum Reich getragen werden müssen. Der Redner erklärt schließlich unter lebhaftem Beifall der Anwesenden, daß die Saarländer später nicht in ein Deutschland der Weibar und Keubell, sondern der Republikaner zurückkehren wollen. Bei der Abstimmung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird u. a. beschlossen, die über den Verbandstag auch an 25 Jahre lang freigewerkschaftlich organisierte Mitglieder, die mindestens 12 Jahre dem Z.V. oder einem seiner Vorgänger angehören, zu verleihen. Eine Reihe Anträge zur Sitzungsfrage wird dem Vorstand überwiesen. Abgelehnt werden die Anträge, die eine Revision des Kasseler Beschlusses gegen die Kommunisten verlangen. Verschiedene weitere Anträge, die vom Verbandspräsidenten vorgebracht, sind mit allen parlamentarischen Mitteln für eine Herabsetzung der Altersgrenze in der Angestelltenversicherung auf 60 Jahre einsetzt.

Dann nimmt Lehmann-Berlin das Wort zum Bericht über die Arbeit der Statutenberatungs-Kommission. Der Redner beschäftigt sich ausführlich mit der Arbeit des Statutenberaters, der Statuten eingeleitet, ausgearbeitet und bekräftigt die vorliegenden Anträge. Weiterberatung Dienstag.

### Theodor Leipart 60 Jahre.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, begeht heute seinen sechzigsten Geburtstag. Das Vertrauen, das die frei organisierte Arbeiterbewegung in ihn setzte, als sie ihn an den Platz stellte, an dem vorher Carl Legien stand, hat Leipart voll und ganz gerechtfertigt. In den fünfzig Jahren der Funktionstätigkeit, die die Gewerkschaften in Anspruch an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben, und in den Jahren der schamlosen Hebe der Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften hat Leipart unermüdet und voll Zuredetung an seinem Posten. Das Saar-Regiment hatte in ihm einen treuen Führer, und der neue Aufstieg der freien Gewerkschaften, der bereits eingeleitet hat und in Deutschland, wie in allen anderen Ländern, die Arbeiterbewegung regt, geht besser als alles andere, daß Leipart mit dem ihm anvertrauten Mund geworben hat. Die gesamte frei organisierte Arbeiterbewegung Deutschlands ist deshalb einzig in dem festen Glauben, daß Leipart noch viele Jahre das Steuerrad der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung lenken möge.

### Spezieller Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge.

Man hat die Forderung, daß der deutschnationale Abgeordnete Hilgenberg unterstützte Arbeitslose zu einem Handel mit einigen Pfennigen beschäftigt und so die Erwerbslosenfürsorge mißbraucht hat, da wird schon wieder ein

ähnlicher agrarischer Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge gemeldet. So sollen, wie aus einer sozialdemokratischen Kleinen Anfrage im Preussischen Landtag hervorgeht, in der Gifel bei den Notstandsarbeiten große Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. Es wird behauptet, daß eine sehr große Zahl von Beschäftigten selbständige Landwirte gewesen sind, die vorher niemals in einem Arbeitsverhältnis standen. Ferner sollen in den Tagewerkstätten Personen geführt worden sein, die am Nürnberg-Ring in der Gifel überhaupt nicht beschäftigt waren, sondern bei Privatunternehmern in Arbeit standen.

### Die Mitgliederzahl des dänischen Gewerkschaftsbundes.

hat sich, wie aus dem Bericht seiner in diesen Tagen stattgefundenen Jahresdelegiertenversammlung hervorgeht, im letzten Jahr um 84.168 vermehrt. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf den Austritt des Verbandes der ungeheuren Arbeiter aus dem Bund zurückzuführen. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Dänemark betrug am 1. Januar 1927: 311.697 Mann, von denen aber nur 155.536 in Gewerkschaften organisiert sind, die sich dem Gewerkschaftsbund angeschlossen haben. 156.161 sind in Gewerkschaften außerhalb des Bundes organisiert. Von 75 Gewerkschaften des Landes sind 51 dem Bunde angeschlossen.

Unter den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes befinden sich 40.184 Frauen. Neue Tarife sind im vergangenen Jahr für rund 90.000 Mitglieder des Bundes abgeschlossen worden, davon einjährige Tarife für 55.000 und zweijährige für etwa 30.000 Mitglieder. Die Tariferneuerung stieß noch für rund 14.000 Arbeiter aus.

### Löhne und Arbeitszeit

#### in der amerikanischen Baumwollindustrie.

Das amerikanische Amt für Arbeitsstatistik hat jochen eine Untersuchung über die Löhne und die Arbeitszeit für 46.879 Arbeiter und 36.103 Arbeiterinnen im Jahre 1926 in der Baumwollindustrie der Staaten Alabama, Connecticut, Georgia, Maine, Massachusetts, New-Hampshire, New-York, Nord-Karolina, Pennsylvania, Rhode-Island, Süd-Karolina und Virginia veröffentlicht. Auf Grund der Betriebszählung von 1923 befinden sich in diesen Staaten 92 Prozent der gesamten Lohnempfänger dieser Industrie. Ein Vergleich dieser Erhebung mit den Ergebnissen einer im Jahre 1924 angestellten Erhebung zeigt, daß die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit für alle Arbeitergruppen sich von 53,5 auf 53,8 Stunden erhöht hat; während des gleichen Zeitraumes sind die durchschnittlichen Stundenlöhne für die männlichen Arbeiter von 39 Cents auf 34,7 Cents, diejenigen der Arbeiterinnen von 34,7 Cents auf 30,1 Cents gesunken. Der durchschnittliche Wochenlohn ist für die Arbeiter von 20,87 Dollars im Jahre 1924 auf 18,67 Dollars im Jahre 1926 gesunken, diejenige der Arbeiterinnen von 18,15 Dollars auf 15,89 Dollars.

Aus anderen Angaben geht hervor, daß die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 1913—1920 um 10 Prozent gestiegen ist, und daß die Stundenlöhne in diesem Zeitraum um 24 Prozent, die Wochenlöhne um 192 Prozent gestiegen sind. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ist von 1920—1926 um zwei Prozent gestiegen, die durchschnittlichen Stundenlöhne sind um 31 Prozent gesunken.

### Die ganz Revolutionären!

In Frankfurt a. M. erscheint von Zeit zu Zeit ein Pamphlet, das sich „Die Proletarische Revolution“ nennt, und dessen vornehmste Aufgabe ist, die Nichtsyndikalisten (Eisener Richtung) mit Verleumdungen zu bedecken. Die Vertretung dieser Richtung hat in Breslau ein gewisser Kugler, ein ausgeschlossener Bauarbeiter, übernommen. Vermutlich von

ihm stammte wohl auch ein Artikel in jener „proletarischen Revolution“, der überschrieben war: „Gewerkschaftssekretäre als Antreiber! Das Breslauer Wohlfahrtsamt zahlt Frühstücks-gelder.“ In diesem Artikel wurde Genosse Kromer nach Strich und Faden heruntergerissen, weil er angeblich bei einer Beschäftigungsfahrt von Notstandsarbeitern verlangt haben sollte, sie müßten acht Stunden arbeiten und dürften nicht herum-bummeln.

Wir können uns durchaus vorstellen, daß das Verlangen, acht Stunden zu arbeiten, von den Leuten um den wilden Herrn Kugler als ganz unerschämte Zumutung empfunden wird. Wir verstehen deshalb auch ihre Büttausbrüche über jemand, der ein solches Verlangen stellt. Diesmal aber stimmte die Sache nicht, denn Genosse Kromer hat an einer solchen Rundfahrt überhaupt nicht teilgenommen. Er verweigert uns übrigens, daß er den Herren Unionisten (Eisener Richtung) auch gar kein solches Ansinnen gestellt haben würde, weil er überzeugt ist, daß es zwecklos wäre. Genosse Kromer schied also der „proletarischen Revolution“ eine Berichtigung. Jetzt kriegen die tapferen Revolutionäre, indem sie schreiben, daß die Nummern 8 und 9 ihrer Zeitung bei Eingang der Berichtigung schon abgeschlossen waren, und daß überhaupt die Berichtigung verloren gegangen sei, und schließlich sei erst in Nr. 10 der proletarischen Revolution die Stelle frei, an der die Berichtigung gebracht werden müsse. Wenn also noch Wert darauf gelegt werde, dann solle sie doch bitte noch einmal eingeschickt werden.

Wie uns Genosse Kromer mitteilt, wird er der proletarischen Revolution auf fühlbare Art und Weise den eigentlich selbstverständlichen Anstand beibringen lassen. Diese Unionisten sind wirklich eine sehr angenehme Art von Zeitgenossen, die andere Menschen mit Dred bewerfen, und sich dann unter allerlei faden-scheinigen Vorwänden weigern völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen richtig zu stellen. Das mag zwar unionistisch-syndikalistisch (Eisener Richtung) sein, mit proletarischer Ehre hat ein solches Verhalten aber rein gar nichts zu tun.

Zur Abänderung des Berufsausbildungsgebotes forderte die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages vom Staatsministerium die baldige Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes, der die Berufsausbildung enthält, daß der oblige Berufsausbildungsbesuch für weibliche und männliche Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre festgesetzt wird und der Unterricht in der Regel während der Arbeitszeit stattfinden muß. Der Preussische Landtag trat der Forderung der Sozialdemokratischen Fraktion bei. Gegen die Bestimmung, daß der Unterricht in der Regel während der Arbeitszeit stattfinden müsse, stimmten die Deutschnationalen.

In den Betriebsratswahlen der Eisenbahndirektion Mannheim beteiligten sich 95,21 Prozent. Auf die freigewerkschaftliche Liste entfielen 2421 Stimmen, denen die christliche Organisation nur noch 744 entgegenstellen konnte.

Die Bergarbeiter-Internationale wird am 29. und 30. Mai im Maison des Cooperator in Paris zu einer Sitzung zusammentreten.

**Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!**

## Wirtschaft.

### Im Zeichen der Rationalisierung.

1926 doppelt so viel leitende Angestellte als 1913. Die wirtschaftspolitische Abteilung des IFA-Bundes hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, eine eigene Belegschaftsstatistik für alle durch die Mitglieder der IFA erreichten Betriebe aufzumachen. Der Erhebung lagen die Fragen zugrunde: Wie hat sich in der Zeit von 1914 bis 1926 das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern innerhalb einer Belegschaft zahlenmäßig verändert? Welche zahlenmäßigen Veränderungen weist das Verhältnis von Direktion zu Belegschaft in diesen Jahren auf? Aus den Berichten von etwa 600 Betrieben kamen folgende Antworten: Nur in der Elektroindustrie, die heute noch ebenso wie vor dem Kriege die meisten Angestellten (1926: 32,1 Prozent der Belegschaft, 1913: 31,13 Prozent) und in der Schuhindustrie, die nach wie vor die wenigsten Angestellten beschäftigt (1926: 9,9 Prozent, 1913: 7,8 Prozent), sind die Verhältnisse ziemlich stabil geblieben. In allen anderen Wirtschaftszweigen dagegen sind beträchtliche Veränderungen eingetreten, und zwar fast durchgängig zugunsten der Angestellten. Der relativ höchste Stand wurde 1925 erreicht, aber auch nach dem großen Abbau gab es immer noch mehr Angestellte im Verhältnis zur Arbeiterzahl als 1913. Es wird also durch diese Erhebung im einzelnen bestätigt, was die amtliche Berufsstatistik für 1925 ganz allgemein festgestellt hat: Die Nachkriegswirtschaft Deutschlands hat für Angestellte im Verhältnis zu den Arbeitern mehr Verwendung als die Friedenswirtschaft. Am härtesten äußert sich die zahlenmäßige Verschiebung zwischen Angestellten und Arbeitern im Eisen- und Stahlbau (auf 100 Arbeiter kamen 1913 13,3, 1925 aber 29,5 Angestellte), im Schiffbau (7,5 bzw. 16,9), im Waggonbau (7,7 bzw. 12,9), in der Maschinenindustrie (13,5 bzw. 20,1) und in der Autoindustrie (9,9 bzw. 13,2). Eine Erläuterung findet diese für die soziale Entwicklung Deutschlands bedeutsame Tatsache nicht nur darin, daß der Abbau der Angestellten im Jahre 1926 noch nicht so voll wirksam werden konnte, wie bei den Arbeitern (Kündigungsschutzbestimmungen), sondern vor allem in dem für den Hochkapitalismus im allgemeinen und die Rationalisierungsperiode im besonderen charakteristischen Umstand, daß bei der zunehmenden Durchdringung des Arbeitsprozesses, bei der Rationalisierung der Betriebsorganisation, der Reduktion und Propaganda, relativ mehr Angestellte gebraucht werden als früher. — Welche Erklärung aber soll dafür zu finden sein, daß in den Jahren der rigorosesten Massenentlassungen, der Stilllegungen und Betriebskonzentrationen, die stets mit der Rationalisierung der Betriebsorganisation einhergingen, die Zahl der leitenden Angestellten, der Direktoren, Profuratoren, Aufsichtsbeamten und Sachverständigen im Maschinenbau begriffen ist? In den einzelnen Industriezweigen kamen 1913 auf je 100 Arbeiter und Angestellte 0,8 bis 0,2 leitende Angestellte, 1925 bereits 1,1 bis 1,6, 1926 aber sogar 1,5 bis 1,9, das heißt im Verhältnis zur Belegschaft gar es 1926 doppelt so viel leitende Angestellte als 1913!

### Oberschiffahrt und ober-schleifische Kohle.

In Krefeld, der Oberschiffahrt hat die kürzlich Bewilligung des Rummelsburger Kohlenauswahmetariffs (A. T. 6. i) Anlaß zu Klagen über einen in den letzten Jahren zu verzeichnenden Rückgang der Oberschiffahrt ab Ober-schleifische Kohle. Wie das Fachblatt „Industrie-Kurier“ hierzu von Sachverständigen berichtet, liegt es daran, daß die Kohlenverkehrswege auf dem Wasserwege hat in den Nachkriegsjahren weit mehr als der auf dem Wasserwege abgenommen. Er ging bei der Oberschiffahrt 1925 um 1913 um 14,5 Prozent, beim Bahntransport hingegen um 46 Prozent zurück. Im Jahre 1926 waren die Kohlenverfrachtungen über Canal- und Open-Hafen sogar größer als 1913. Sie betragen (alles in 1000 Tonnen) 1913:

2240 und 1926: 2285. 1924 wurden gegenüber 1913 auf dem kombinierten Bahn- und Wasserweg nur 18,5 Prozent weniger, auf dem reinen Bahnweg hingegen 47 Prozent weniger verfrachtet. Der Frachttarif der Ober ist für den Verkehr nach Berlin gegenüber 1913 von 35 auf 48 Prozent gestiegen und für den Verkehr nach Stettin von 3 auf 27 Prozent. Die Bahnfracht Hedwigsgrube—Berlin betrug 1913 10,44 Mark je Tonne; auf dem kombinierten Weg stellte sie sich seinerzeit auf 7,71 Mark. Gegenwärtig stellt sich die reine Bahnfracht auf 12,70 Mark, der kombinierte Weg auf 8,59 Mark. Für den Verkehr Hedwigsgrube—Stettin belief sich der reine Bahntransport 1913 auf 7,34 Mark, der kombinierte Weg auf 7,11. Heute kostet der Bahntransport 10,20 Mark und die kombinierte Bahn- und Wasserfracht stellt sich auf 8,09 Mark. Der Kohlenverehr nach Groß-Berlin ist in den Nachkriegsjahren beinahe stark zurückgegangen. Er war 1926 rund 1 1/2 Millionen Tonnen geringer als 1913. In diesem Rückgang war die Bahn besonders stark beteiligt. Der Anteil der Bahn am Gesamtkohlenverkehr von Ober-schleifischen nach Berlin betrug 1913 47 Prozent, 1925 42 Prozent und 1926 37 Prozent, der der Schiffahrt stellte sich 1913 auf 53 Prozent, 1925 auf 58 Prozent und 1926 auf 63 Prozent.

Der ober-schleifische Bergbau fordert bekanntlich, daß dem Kohlenverehr die Frachtpanne, die Ober-schleifischen gegenüber Westfalen durch Benutzung des kombinierten Bahn- und Wasserweges für den Kohlenabfuhr nach Berlin hat und die sich zurzeit auf 2,20 M. je Tonne beläuft, weiter erhalten bleibt. Mit der Erfüllung dieser Forderung würde auch den Interessen der Ober-schleifischen gedient sein, denn diese könnten dadurch den Umfang ihres bisherigen Kohlenumschlags nach Berlin wesentlich erhöhen. Das würde auch der Fall sein, wenn der vorläufige, lediglich für Rummelsburg vorgesehene A. T. 6. i auch auf das gesamte Groß-Berliner Abzugsgebiet ausgedehnt werden würde.

### Ein bemerkenswertes Eingeständnis des Schlesiens Landbundes.

Der Schlesiens Landbund bekräftigt in Nr. 18 seines gleichnamigen Organs die Vorschläge, die der preussische Landwirtschaftsminister von den Regierungspräsidenten über die Abstellung der Flucht aus der Landwirtschaft eingefordert hat. Bei dieser Besprechung entschlüpft dem Schlesiens Landbund folgende interessante Bemerkung:

„Die Rechtsmöglichkeit, Schadenersatzklagen beim Kontraktbruch gegenüber dem Arbeitnehmer zu erheben, ist praktisch bedeutungslos, da in den seltensten Fällen vom Arbeitnehmer etwas zu pfänden sein wird.“

Die Landarbeiter werden sich diese Bemerkung des Schlesiens Landbundes sorgfältig merken und auf sie bei passender Gelegenheit mit Freuden zurückkommen. Hier wird von Arbeitgebersseite die nötige Berzierung der Landarbeiter zugegeben.

### Zunahme der englischen Auswanderung.

Die Dauerarbeitslosigkeit in England führt zu einer erheblichen Steigerung der Auswanderung. Im Jahre 1926 betrug die Zahl der Auswanderer 186.801 gegen 140.594 im Jahre 1925, davon 54.636 Männer und 57.178 Frauen. Nur ein geringer Teil der Auswanderer, 28.740 an Zahl, gingen nach den Vereinigten Staaten, davon etwa die Hälfte aus Schottland — die Hauptmasse hat sich in den britischen Dominions und Kolonien niedergelassen, in Australien und Neu-Seeland etwa 60.000, in Kanada etwa 50.000 Auswanderer, die sowohl für die Reise wie bei der Aufstellung aus finanziellen Mitteln unterstützt wurden. Auffallend ist die Zunahme der Auswanderer unter den Auswanderern. Unter den männlichen Auswanderern erhöhte sich die Zahl der Bauarbeiter im Bergbau von 3812 im Jahre 1925 auf 5558 im Jahre 1926, in der Metallindustrie von 7515 auf 8876, im Baugewerbe von 1008 auf 1189, in anderen Industriezweigen von 5230 auf 6711. Im Gegensatz zum Vorjahr hat der Anteil der männlichen Auswanderer sehr erheblich zugenommen. Etwa 42 Prozent der männlichen um 57 Prozent der weiblichen Auswanderer standen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.



# Volksrecht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 6 und Neue Postenstraße 11, durch die Zweigstelle, Hagarrenstraße Reichel, Marktstraße 140, sowie durch alle Zusteller zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rml. + 8 Pf. Trägertob. + 0,40 Rml. monatlich 1,30 Rml. + 25 Pf. Trägertob. + 1,70 Rml. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,00 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 3852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Straßengedächte, Verleumd., Verarmungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Die Verschärfung des Nationalitätentampfes in Oberschlesien.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ schreibt:

Die kriegerische Rede des Reichsministers Hertg gegen die Anerkennung der ober-schlesischen Grenze hat nicht nur bei den ausländischen Regierungen ist West und Ost ein unfreundliches Echo hervorgerufen. Nachdem schon der deutsche Außenminister durch seine gemeinliche Erklärung mit dem polnischen Generalstab in Berlin ihre Wirkung aus der Welt zu schaffen suchte, ist erst in Oberschlesien selbst, wenige Kilometer von Beuthen entfernt, die Antwort der polnischen Nationalisten erfolgt. Sie bestand in den bereits gemeldeten überaus provozierenden Terrorakten gegen die deutschen Gemeindeglieder der ostoberschlesischen Stadt Rybnik.

Der Zusammenhang mit der vorhergehenden deutschen Nationalistenrede ist für diese folgenschweren Ausschreitungen keine Entschuldigung. Abzuleugnen ist er freilich nicht: ohne den schlechten Eindruck der Hertg'schen Rede auf die öffentliche Meinung Westeuropas hätten die polnischen Behörden sicherlich nicht gewagt, von sich aus eine solche neue Provokation zuzulassen. Denn nicht gegen den nationalitätentampfen polnischen Insurgenten-Berband müssen sich in erster Reihe die Vorwürfe wegen der Rynniker Vorkommnisse wenden. Dieser „Bund der ehemaligen kassischen Oberschlesien“ ist ja formell nur ein Privatverein, der zu völkerrächtlicher Verantwortung nicht gezogen werden kann. Es ist die Mitgliedschaft des höchsten ostoberschlesischen Regierungsbeamten, des Wojewoden Dr. Grajanski, und die daraus folgende Duldung solcher Rechtsbrüche durch die nachgeordneten Polizeibehörden, die das Treiben des Insurgenten-Berbandes erst ermöglicht.

Die Rynniker Ausschreitungen stehen ja nicht vereinzelt da. Sie entsprechen einer ganz allgemeinen neuen Verschärfung des Nationalitätentampfes in Ostoberschlesien. Darüber berichten eingehend alle deutschen Organisationen und Politiker des Grenzlandes von den Sozialisten bis zu den rechtsstehenden Gruppen. Der Hauptangriff des polnischen Nationalismus richtet sich diesmal gegen die deutschen Arbeiterorganisationen. Die Polenführer haben erkannt, daß in diesen Massenverbänden der eigentliche Hebel eines selbständigen Deutschturns unter der Fremdherrschaft liegt. Während daher die deutschen Industriellen des polnisch gewordenen Industriebezirks nicht nur von dem rechtsstehenden Abg. Korfants auf Grund alter finanzieller Beziehungen umworben und gefördert werden, sondern fürzlich auch in ehrenvoller Weise beim polnischen Staatspräsidenten in Warschau empfangen werden konnten, richtet sich gegen die deutschen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen auch der wirtschaftliche Druck der sie mit Drohungen aller Art in polnische Verbände pressen will. Das ist nicht etwa nur die Meinung der von der jetzigen Hege-Kampagne am meisten betroffenen deutschen Sozialisten und freien Gewerkschaftler Ostoberschlesiens. Auch auf der Tagung der Deutschen Katholischen Volkspartei, die loben in Rattowik stattfand, wurde offen ausgesprochen, daß die deutschen Arbeiter und Angestellten den eigentlichen Vorkämpfer im Nationalitätentampfe ausmachen, während die deutschen Großunternehmer sich ihm entziehen.

Die deutsche Grenzlandpolitik wird diese Tatsachen nicht übergehen dürfen. Sie wird sie auch bei größeren politischen Entscheidungen, z. B. über die offenen handelspolitischen Fragen zu berücksichtigen haben. Jede weitere Schädigung des ostoberschlesischen Arbeitsmarktes durch Fortsetzung der Abzerrungspolitik, die die natürlichen Abzerrungsverbindungen Ostoberschlesiens nach Deutschland hin zerstört, wird auf dem Rücken der deutschen Arbeiterlast ausgegossen. Jede Verlängerung dieses Wirtschaftskrieges erleichtert den polnischen Nationalisten die Brotlosmachung von weiteren tausenden deutscher Arbeiter und Angestellten, die regelmäßig als erste bei Verschärfungen der Wirtschaftslage ihre Stellungen verlieren. Nicht Entzerrungsbedingungen können diesen Opfern des Kampfes um das Deutschtum helfen, sondern nur wohl überlegte wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Existenzgrundlagen dieser Schichten sichern, in dem sie sie ihrem jetzigen Staat wieder wirtschaftlich unentbehrlich machen. In guten Zeiten braucht Ostoberschlesien den deutschen Qualitätsarbeiter. Deutschland hat kein nationales Interesse daran, seine Landsleute jenseits der Grenze wirtschaftlich entbehrlich zu machen.

## Der Bürgerblock gegen den Bäckerlohn.

60stündige Arbeitszeit und Aufhebung der Sonntagsruhe.

Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Gesetzesentwurf zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien eingebracht. Danach darf die regelmäßige Arbeitszeit der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, ausschließlich der Pausen, acht Stunden nicht überschreiten. Jedoch kann der an einzelnen Werktagen eintretende Ausfall an Arbeitsstunden durch Mehrarbeit an anderen Tagen ausgeglichen werden. In Betrieben, in denen zum erheblichen Teil „Arbeitsbereitschaft“ vorliegt, kann eine abweichende Regelung getroffen werden; jedoch darf die Arbeitszeit, einschließlich der Arbeitsbereitschaft, 60 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. An Sonn- und Festtagen ist „nur“ während zwei Stunden die Herstellung leicht verderblicher Konditormwaren erlaubt. Ferner dürfen nach 6 Uhr abends während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebes am folgenden Werktag notwendig sind.

So sieht der „Arbeiterblock“ des Bürgerblocks aus.

Im Wohnungsauswahls des Reichstages wurden 10 Millionen zum Zwecke der Verbilligung des Kleinwohnungsbaues für bautechnische Verbesserungen bewilligt.

# Die Annahme des Schutzgesetzes

36 Deutschnationale drücken sich.

Auch das Jugend-Lustbarkeits-Gesetz in 3. Lesung angenommen.

Bei der gestrigen Schlußabstimmung über das Republik-Schutzgesetz hat sich die Verlegenheit der Deutschnationalen, die damit ein Instrument gegen die Rückkehr des Kaisers bewilligen, in zwei Momenten besonders deutlich gezeigt.

Der deutschnationale Führer Graf Westarp, der den Antrag auf Verlängerung des Gesetzes an erster Stelle unterzeichnet hat, war zum Wort gemeldet. Er erschien aber im richtigen Augenblick nicht im Saal, und als man ihn holte, erklärte er, eigentlich lieber gar nicht sprechen zu wollen. Das wurde sehr verständlich, als Westarp dann doch einige Bemerkungen machen mußte und dabei einerseits die Verlängerung des Paragraphen gegen den Kaiser billigte, andererseits erklärte, daß die Haltung der Deutschnationalen zur Monarchie auch nach dem Eid ihrer Minister auf die republikanische Verfassung und nach ihrer Abstimmung für dieses Gesetz unverändert sei!

Nicht weniger als 36 deutschnationale Abgeordnete, die ein gutes Drittel dieser Fraktion ausmachen, fehlten dann im Augenblick der Abstimmung, die ihnen nach so schwachen Reden ihres Führers denn doch allzu peinlich werden mußte. Aus Mittelschlesien hat nur der zu allem bereite strebsame Jurist Schaeffer für das Gesetz gestimmt, während alle drei anderen deutschnationalen Abgeordneten unter Führung von Freitag-Loringhoven durch Abwesenheit glänzten. Unter den übrigen Fehlenden waren u. a. Herr Hugenberg und Herr Quack, aus den industriellen Scharfmacherkreisen, Admiral Tirpich und der frühere Staatssekretär Wallraf aus dem Kreis der ehemaligen kaiserlichen Minister, der Angestelltenführer Lambach und eine Anzahl von Großagrariern unter Führung des pommerischen Rittergutsbesitzers Schlange-Schönungen, der um dieselbe Zeit im Preussischen Landtag gegen Republik-Schutzgesetz sprach. Während drei von den deutschnationalen Ministern, nämlich Hertg, Reubell und Schiele zur Stelle waren, um für das Gesetz zu stimmen, verschwand der im Hause anwesende vierte deutschnationale Minister, der christliche Gewerkschaftler Koch, vor der Abstimmung gleichfalls aus dem Saal. Die Republik hat also zurzeit einen Minister, der ihr demonstrativ den von seinen Kabinettskollegen für notwendig gehaltenen Schutz verweigert!

Die Gefühle solcher Leute wie Koch, Freitag-Loringhoven und Genossen — soweit sie nicht aus einfacher Angst vor dem Wähler oder vor der völkischen Konkurrenz diktiert sind — spricht unter den deutschnationalen Blättern am schärfsten die „Deutsche Zeitung“ aus. Sie appelliert an Hindenburg, daß wenigstens er dieses 1922 von den Sozialdemokraten Ebert, Ritter und Radbruch unterzeichnete Gesetz jetzt nicht wie Hertg und Reubell unterschreiben möge. Das Blatt wütet weiter gegen das — von seinem Parteiführer Westarp beantragte — „Ausnahmegesetz zum Zweck der Gestimmungsfnebelung, das den Kaiser außerhalb des Rechts stellt, das jeder deutsche Staatsbürger haben sollte“. Hindenburg wird auch diese Hoffnung, wie schon so manche andere, natürlich enttäuscht. Er wird das „Ausnahmegesetz“ wohl schon in diesen Tagen mit seinem Namen unterschreiben.

Nach dem Republik-Schutzgesetz hat gestern auch das Gesetz zum angeblichen Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten Annahme in dritter Lesung gefunden. Ein paar kleine Verbesserungen sind diesmal durch unjere Kritik wenigstens hineingekommen, wenn auch das ganze Machwerk immer noch weit mehr zur Unterdrückung unbehaglicher kultureller Veranstaltungen als zum wirklichen Schutz der Jugend dienen wird, für den jedes stilles Wohnungsreform in den Massenquartieren wichtiger wäre. Bezeichnenderweise ist das Klimawesen zum Schluß auf einen Antrag der Volkspartei plötzlich noch von allen Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen worden. Ein Kommunist meinte, die großen Konzerte hätten wohl eingegriffen. Wir glauben nicht, daß er Unrecht haben wird. Ein Vortragsabend wertvoller moderner Dichtung für die Jugend ist jetzt also vorgeschrieben, während es für das Kino

bei den alten — allerdings auch ausreichenden — Bestimmungen bleibt. Die Wege des Bürgerblocks sind wunderbar! —m.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Vöbe eröffnet. Es folgt die dritte Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Initiativgesetzes zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutz der Republik.

Abg. v. Graefe-Mecklenburg (Völk.) nennt diese Vorlage eine „Ausgeburt von Angst und Unfreiheit“. Ein Volk, das seinem Monarchen eine Rückkehr in die Heimat durch Gesetz verbiete und wenn das auch Leute tun, die selber in Ehrerbietung vor ihm erstorben seien, so sei das eine Erbärmlichkeit und erschüttere den Redner tief (Heiterkeit). Die Deutschnationalen hätten sich dem Druck des Zentrums gebeugt. Eine wirklich nationale Partei hätte es niemals soweit kommen lassen dürfen.

Der Präsident kündigt als nächsten Redner den Abg. Graf Westarp an. Er ist aber nicht im Hause, so daß der Präsident die allgemeine Aussprache wieder schließt. Erst bei der Einzelberatung erscheint Graf Westarp im Hause, mit lebhaften Zurufen von der Linken begrüßt.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, daß er eigentlich nicht in die Debatte eingreifen wollte, da die Rede der Opposition sachliche Gesichtspunkte nicht enthalten hätte. (Lebh. Heiterkeit.) Vor der Abstimmung wolle er aber noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt seiner Fraktion darlegen. Die Stellungnahme seiner Fraktion sei unverändert die, daß dem Kaiser die Rückkehr ermöglicht werden müsse. (Heiterkeit.) Aber die dem Initiativantrag beigefügte Interpellation stelle die weitere Prüfung der Frage in Aussicht, welche Einzelheiten aus dem Republik-Schutzgesetz in das Strafgesetzbuch einzugliedern, welche aufzuheben seien. Um diese Prüfung zu ermöglichen, stimmen die Deutschnationalen der Verlängerung des Republik-Schutzgesetzes auf kurze Frist zu. (Heiterkeit links und in der Mitte.)

Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):

Ich gebe zu, daß die Rolle, die Herr Graf Westarp hier vor uns spielen mußte, keine beneidenswerte war. (Sehr wahr! links.) Er mußte deshalb in dieses hohe Haus fast so hereinkommen, wie der Privatkläger, der zum Termin eine Minute zu spät kommt. Wenn Herr Graf Westarp seine Rede damit begann, daß er die Reden der Opposition als inhaltslos bezeichnete, so ist zu prüfen, ob die Rede des Herrn Grafen Westarp einen sachlicheren Inhalt als die Reden der Opposition gehabt hat. Graf Westarp hat seine Rede nur gehalten, weil er Opposition in seiner eigenen Partei hat. Gewissensbisse dürften ihn gewiß nicht auf die Tribüne getrieben haben. Die Deutschnationalen haben seit Monaten das Befehlen unterlassen und nur in Taktik sich geübt und ständig Rückzugsbefehle erteilt. (Hört! hört!)

Die Tatsache bleibt, daß in diesem Gesetze, wenn auch nur eine Kernbestimmung in ihm ist, dem Kaiser die Rückkehr verweigert wird. Nun wollen die deutschnationalen Minister im Kabinett für die baldige Rückkehr des Kaisers arbeiten. Im § 28 dieses Gesetzes heißt es aber: Mitglieder solcher Familien usw. ist das Betreten des Reichsgebietes unterlagert oder der Aufenthalt auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches beschränkt, falls die Besorgnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird. Ich frage die Regierungsparteien und die Reichsregierung, ob sie bereit sind, dem Drängen des Grafen Westarp und seiner Freunde in der Regierung nachzugehen, wenn die Voraussetzung, die hier im § 28 festgelegt ist, nicht erfüllt ist. Praktisch bleibt es aber dabei, daß sie unter Führung der Herren Hertg und Reubell am Ruffhäuser die Republik schützen, während im Wilhelm II. in Doorn den Vort bei lebendigem Leibe durch den Tisch wachsen lassen kann. (Wohl! rechts, Heiterkeit bei den Soz.) Ich weiß nicht, ob diese Haltung, die Sie hier einnehmen, nicht eine zu starke Verstrickungprobe für Ihre nationalen Wähler sein wird. Aber hoffen können Sie versichert sein: Wenn Ihnen nach dieser Haltung die nationalen Wähler fern bleiben, dann wird keine Partei Sie zu solchen Wählern besitzen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Hörnle (Komm.) führt aus, daß das Republik-Schutzgesetz schon deshalb befreit werden müsse, weil es von den Verfassungskommissionen der Reichsversammlung abgelehnt wurde.

Die Schlußabstimmung ist auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Gegen das Gesetz stimmen die Kommunisten die Völkischen, die Nationalsozialisten und die Deutsch-Hannoverschen. Das Gesetz wird mit 323 gegen 41 Stimmen angenommen.

Präsident Vöbe stellt die für Verfassungsänderungen erforderliche qualifizierte Mehrheit fest.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt, nunmehr die Krisenfürsorge zu beraten, da die zum Jugend-Lustbarkeitsgesetz von der Sozialdemokratie gestellten Anträge noch nicht im Druck erschienen sind. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Das Haus tritt in die dritte Lesung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten ein.

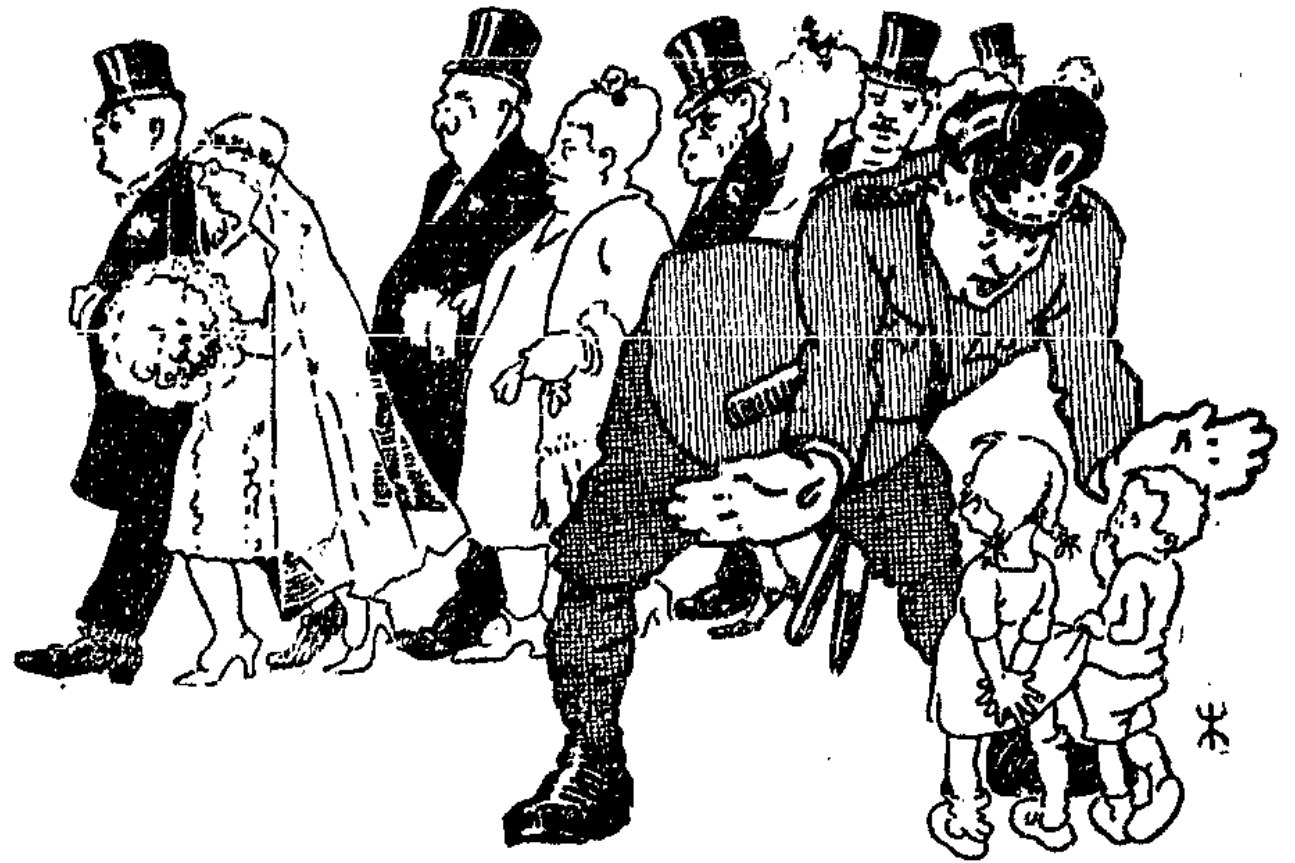
Abg. Gendewitz (Soz.):

Der Reichsminister des Innern hat bisher trotz mehrfacher Aufforderung nicht gesprochen, obwohl in dem Gesetz eine Reihe von Bestimmungen enthalten sind, die dringend einer Klärung bedürfen. Was ist unter „Arbeitsbereitschaft“ zu verstehen? So lange von der Regierung nicht



# Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten.

Das Gesetz bezieht sich auch auf nichtöffentliche Lustbarkeiten.



„Was, Ihr wollt mit zur Hochzeit! Ausgeschlossen! Der Anblick des Brautpaares könnte Euch auf unzüchtige Gedanken bringen.“

dazu gesagt wird, müssen wir annehmen, daß auch Geburtstags-Festern als private Veranstaltungen angesehen werden können. Für einige Anträge der Volkspartei kann auch die Sozialdemokratie stimmen. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die Regierungsparteien dem Drängen der Opposition auf Schaffung einer Beschwerdeinstanz nachgegeben haben. Wir beantragen nochmals, daß bei der Bestimmung über öffentliche Veranstaltungen die Worte „als solche“ gestrichen werden. Für die Theaterzensur stellen wir einen Antrag, der die Forderungen des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände übernimmt. Rechnen Sie auch jetzt unsere Anträge ab, so zeigen Sie, daß Sie ein Gesetz gegen die Jugend schaffen wollen, das wir aufs schärfste bekämpfen werden.

## Reichsinnenminister v. Reubell:

Es handelt sich nur um eine Ergänzung des Jugendwohlfahrtsgesetzes durch strafrechtliche Begrenzung der politischen Befugnisse, die bisher schon bestanden. Eine Beschwerde-Kasse beim Reichsinnenministerium, wie sie die Sozialdemokraten beantragen, ist technisch unmöglich. (1) Wir müssen bis zur Einrichtung des Reichsverwaltungsgerichts warten.

Abg. Probus (Dem.) legte dar, daß die Koalitionsparteien gestern die Anträge der Opposition gutwillig abgelehnt hätten, heute aber die Anträge teilweise bereits gedruckt als Anträge der Regierungsparteien vor. (Hört, hört! links.) Die Demokraten werden das Gesetz als Ganzes ablehnen.

Abg. Rosenbaum (Komm.) vermutet, daß inzwischen die Filmkonzerte der Deutschen Volkspartei auf den Leib gerückt seien, so daß jetzt die Beschäftigung Jugendlicher beim Film erlaubt werden soll.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung wird dem Antrag Dr. Kunkel (D. Vp.) gemäß im § 1 Absatz 2 gestrichen, der die Lichtspiel-aufnahmen betrifft. Zum § 2 wird ein Antrag der Regierungspartei angenommen, wonach von jeder Maßnahme auf Grund des Gesetzes dem zuständigen Jugendamt Kenntnis zu geben ist. Auf Antrag der Regierungsparteien wird ein neuer § 2a eingefügt: „Gegen eine auf Grund des § 1 ergangene Anordnung und gegen die einen Antrag des Jugendamts ablehnende Verfügung ist die Beschwerde zulässig.“ Durch die Annahme weiterer Anträge Dr. Kunkel (D. Vp.) wird das Lichtspielwesen vollständig aus dem Gesetz herausgenommen. — Alle übrigen Vorschlagsanträge der Linken werden abgelehnt. In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Linken und einem Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Die von den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten eingebrachten Anträge auf Erhöhung der Beamtensoldat in den Gruppen I bis VII werden dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Dann verlegt sich das Haus auf Mittwoch 15 Uhr: Bericht des Kriegsschulden-Untersuchungsausschusses, Kredite für den Kleinwohnungsbau, Zündholzgesetz, Krisenfürsorge.

## Der nieder-schlesische Reichsratsvertreter verteidigt sich.

Gegen die Reichsratsvertreter der vier preussischen Ostprovinzen ist wegen ihrer Zustimmung zum Finanzausgleich von verschiedenen Seiten in der Öffentlichkeit der voll begründete Vorwurf erhoben worden, sie hätten aus parteipolitischer Sympathie für die gegenwärtige Rechtskoalition im Reiche die Interessen ihrer Provinzen schlecht vertreten.

Dieser Proteststurm veranlaßt jetzt den Bevollmächtigten Niederschlesiens zum Reichsrat, Frhrn. v. Tschammer, zu einer öffentlichen Erklärung, die teilweise als Entschuldigung für seine Abtun im Reichsrat, teilweise als nachträgliche Unterstützung des preussischen Vorkurses für eine Verbesserung der ungünstigen Regelung der Ostprovinzen aufgeführt werden muß. Der deutsch-nationale Reichsratsvertreter gibt an, daß er durch die Zustimmung zu der Sonderleistung an Bayern die Ostprovinzen nicht schädigen wollte und auch nicht geschädigt zu haben glaube. Diese beiden Reichsfonds ständen in keinem Zusammenhang und die Höhe des Grenzfonds mit 25 Millionen habe endgültig festgestanden.

Objektiv sind diese beiden Behauptungen leicht als unrichtig zu erweisen. Bei der Beratung des Finanzausgleichs haben zwei führende Abgeordnete der Regierungsparteien, der Zentrums-sprecher v. Guérard und der Volksparteiler Dr. Cremer, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Sonderleistungen für Südböhmen entsprechende Mittel für den Osten leider nicht übrig ließen. Daß die Höhe des Grenzlandfonds nicht endgültig feststeht, sobald Mittel zu seiner Vermehrung vorhanden sind, steht im zweiten Teil seiner Erklärung Frhr. v. Tschammer selbst auch bereits ein. Sonst würde er nicht erklären, daß er den Bemühungen von preussischer Seite für eine bessere Unterverteilung des 25-Millionen-Fonds Erfolg wünsche, ohne daß er als Reichsratsmitglied allerdings noch etwas dafür tun könne. Die preussischen Bemühungen beziehen sich ja bekanntlich nicht nur auf eine bessere Unterverteilung, die gegenüber dem Widerstand der diesmal am Grenzlandfonds mit beteiligten

anderen Ländern wenig aussichtsreich wäre, sondern auch auf Nachbewilligungen.

Es ist immerhin wertvoll, daß unter dem Eindruck des schlesischen Proteststurms, wie er in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung und in den Erklärungen der nieder-schlesischen Industriellen sowie der Vorstehenden der nieder-schlesischen Kammern und Arbeitgeberverbände zum Ausdruck kam, auch der deutsch-nationale Reichsratsvertreter jetzt die Hoffnung auf einen Erfolg der weiteren Schritte der republikanischen Preußenregierung ausspricht. „Spät kommt er, doch er kommt.“ So lange der Reichsrat noch ein-greifen konnte, haben seine schlesischen Mitglieder versagt, aber die Einsicht in diesen Tiefstand scheint ihnen wenigstens nachträglich langsam zu reifen.

## Aus dem Reiche.

Preußens Beschwerden. Die preussische Regierung wird dem Landtag in den nächsten Tagen eine Denkschrift über-mitteln, in der die seit 1919 zwischen dem Reich und Preußen bestehenden Streitpunkte aktenmäßig dargestellt werden. Der Druck der Denkschrift dürfte am Mittwoch beendet werden.

Der deutsch-nationale Abgeordnete Behrens, bekanntlich einer der Führer der Christlichen Gewerkschaften, war kürzlich durch seine Beziehungen zu Hauptknüpfen des internationalen Schwabentrakts und seine gleich-zeitige Tätigkeit als Berichterstatter des Reichstages über die Wahrnehmung deutscher Interessen in der Zündholzfrage der Öffentlichkeit sehr peinlich aufgefallen. Die Reichstagsmehrheit hatte nach der Enthüllung dieser Dinge den Entwurf des Zündholzgesetzes der Bürgerblockregierung mit Mehrheit in den Ausschuss zurück-gegeben. Dort versuchten die Deutschnationalen jetzt nachzu-weisen, daß Behrens sich über die Bedeutung seiner Beziehungen nicht klar gewesen sei. Das Gegenteil wurde ihnen aber nach-gewiesen. Die Ausschussmehrheit benutzte dann die derzeitige Abwesenheit von Behrens in Genf, um einen anderen Berichterstatter über das Gesetz, den Abg. Schlad (Zr.), zu bestimmen und sich damit vor ihrem kompromittierenden Ver-trauensmanne zu lösen.

Unterlagene Gelder der „Roten Hilfe“. Vor einem Ber-liner Schöffengericht hatte sich am Dienstag wegen Untreue und Unterschlagung der Schriftsteller und frühere kom-munistische Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Dörr, zu verantworten. Er war von seiner eigenen Partei beschuldigt, von einem Betrage von 3000 Mark die Berliner Stadtverordneten-Versammlung der „Roten Hilfe“ bewilligt hatte, 1000 Mark für sich behalten zu haben. Dörr gab zu, daß er die 1000 Mark für sich behalten habe, er redete sich aber dahin hinaus, es aus politischen Gründen getan zu haben, weil schon damals sich starke Spaltungen in den Reihen der Berliner Kommunisten bemerkbar gemacht hätten. Die

Aussagen der einstigen Parteifreunde des Angeklagten Dörr waren jedoch so belastend, daß das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts beitrug und ihn wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. Das Gericht betrachtete die Angaben Dörrs als Ierz Aus-sagen. Damit ist der Vorkämpfer der KPD. im Stadtparlament endgültig als Politiker erledigt.

Das Entlastungsverfahren für Max Höll. Am Montag wurde in Halle der Bergarbeiter Friede, der sich zur Entlastung von Höll selbst bezichtigte, dem Guisbesitzer Höll aus Gutsch bei Halle erschossen zu haben, vernommen. Vermutlich werden sich die Vernehmungen über die ganze Woche erstrecken. Mit der Vor-untersuchung hofft der Untersuchungsrichter in vier Wochen fertig zu sein. Wahrscheinlich wird Höll in die Voruntersuchung ein-bezogen werden, da der Untersuchungsrichter beabsichtigt, ihn im Zuchthaus von Groß-Strehlitz, aufzulockern. Von dieser Vernehmung dürfte es abhängen, ob Höll auch nach Halle überführt wird, um dort an einem Volatertage teilzunehmen.

## Die österreichische Sozialdemokratie für Einhalten parlamentarischer Formen.

Wien, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich des am Mittwoch erfolgten Zusammentritts des Nationalrats hat die sozialdemokratische Fraktion am Dienstag eine konstituierende Sitzung abgehalten. Als Vorsitzender wurde Abgeordneter Seis gewählt, seine Stellvertreter sind: Dr. Bauer, Dr. Dannen-berg und Elders.

Abgeordneter Seis erstattete dann einen Bericht über die politische Lage. Er berichtete namentlich über die Absicht der Regierung, einen großdeutschen Minister ohne Portefeuille zu ernennen und ihm die Leitung des Justizamtes zu übertragen. Diese Absicht widerspreche der Verfassung und nur durch ein Gesetz könne das Justizministerium zu einem selbständigen Amt gemacht werden. Es wurde deshalb beschloffen, gegen diese gesetzwidrige Absicht den schärfsten Einspruch zu erheben. Das Präsidium der Fraktion begab sich daraufhin zum Bundeskanzler und machte ihm von diesem Beschluß Mit-teilung.

Mit Rücksicht auf den Protest der Sozialdemokraten gegen die Absicht der Regierung verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß der Bundeskanzler den Plan zunächst fallen lassen und die Wahl der neuen Regierung bis zur Schaffung eines Gesetzes über das neue Justizministerium hinauschieben wird. In diesem Falle würde die Demission der Regierung unterbleiben und die bisherige Regierung weiter im Amte bleiben. Jedenfalls werden die Sozialdemokraten darauf dringen, daß die Regierung, die bei den Wahlen eine so erbitterte Niederlage erlitten hat, über ihre weiteren Absichten dem Parlament volle Auf-klärung gibt.

## Die Ausgestoßenen.

Von Moriz Hartmann.

31] Er stuchte einen Augenblick, als er mich erkannte und blieb stille stehen. Mein Reifenzug und meine Reifetasche, die er in Händen hielt, sagten ihm wohl, daß ich seinen Aufenthalt nur durch Zufall entdeckt und daß an Jährlichkeit meinerseits nicht zu denken war — rasch entschlossen ging er denn mit großen Schritten auf mich zu, streckte mir die Hand entgegen und sagte, indem er mich sanft in den Garten hineinzog: „Der Zufall tut, was ich längst hätte tun sollen und gibt mir eine gute Lehre. Niemand solle ich so gerne bei mir, wie Sie, lieber Doktor, doch hätte ich nie den Mut, Sie in meine Heilanstalt einzuführen. Es ist das eine wahre Feindschaft und Unanbarkeit.“

„Ich verstehe Sie nicht“, erwiderte ich. „Sie können mich nicht verstehen“, rief er mir ins Wort, „und noch habe ich nicht den Mut, Sie ganz aufzuklären, wie groß auch das Recht ist, das Sie auf mein Verlangen besitzen. Ich kann Ihnen nur versichern, daß ich nicht so sehr wünschte, als endlich hart genug zu sein, um Ihnen alles mitzuteilen, was ich Ihnen längst gerne mitgeteilt hätte. Der Zufall, der Sie zu mir geführt, gibt mir die Hoffnung, daß ich zu dem, was ich wünsche, mit der Zeit gezwungen sein werde.“

„Lieber Freund“, sagte ich, „Sie werden mir immer un-verständlich sein. Ihr Haus, Ihr Garten, Ihre Kinder, und wie die Orientalen sagen, die Schmelze Ihres Hauses“, nämlich Ihre Frau und Ihr ganzes Leben, wie ich es in dieser halben Stunde beinahe habe — das alles zusammengenommen, bildet eine Welt, von der ich vollkommen bestirbt, daß man sich gerne in ihr auf-hält, und in der man, wie die Heiden in den Wäldern wandel-haften, von jedem fremden Element nur Störung fürchten muß.“

„Das ist es nicht“, erwiderte Möbius, „ich denke nicht wie Sie und Charlotte, ich meine, daß die Gegenwart eines Freundes nur zur Herabwürdigung eines Hauswesens dienen kann. Nach meine Ansicht ist es nicht, die mich zu dieser Ab-gewissenheit bezog, zu dieser Zurückhaltung selbst. Freundschaft gegenüber, denen ich Dank schulde — ich habe andere Ursachen, über denen wollen wir, wie ich hoffe, ein andermal sprechen, heute sollen Sie meine Familie kennen.“

So sprach er, dann mit an der Treppe an. Frau Möbius empfing mich mit großer Freundlichkeit und mit einnehmenden Worten, obwohl mit einer gewissen Zurückhaltung, die zu diesen

Worten nicht ganz paßte. In ihren Blicken wie in ihrem Benehmen drückte sich dieselbe Scheu aus, die mir in der ersten Zeit unerer Bekanntschaft an ihrem Manne so peinlich gewesen; ja, es schien mir, als wäre diese Scheu, ohne mit zu großer weiblicher Schüchternheit verbunden zu sein, an ihr in noch weit höherem Grade vorhanden. Das war um so auffälliger, als weder ihre äußere Erscheinung, die, wie schon gesagt, zu den einnehmendsten gehörte, noch ihr Benehmen und ihre Bildung es erklärten. Diese letztere war gewiß ungewöhnlicher Art; ihr Wissen machte sie würdig, die Frau des gelehrten Möbius zu sein. Man konnte nach kurzem Gespräche erkennen, daß sie keine vortreffliche Schülerin war, daß sie an allem, was er studierte und arbeitete, ihr Teil hatte, und daß beide ihre Einsamkeit auf die gewöhnliche Weise mit Lektüre und Gesprächen über die bedeutendsten Gegenstände ausfüllten. Sagte ich mir früher, daß Möbius der Mann sei, um in den verschiedensten Verhältnissen sein Glück zu machen, so mußte ich mir jetzt sagen, daß schon eine solche Frau hinreichen würde, um einen Mann in der Welt eine löbliche Stellung zu machen. Der Mangel, den sie durch so viele Jahre getragen, die Einsamkeit, in der sie lebte, das ihre Wesen, das sie zeigten — alles das erschien mir aufs neue rätselhaft, und ich fing, während ich mit ihnen beiden sprach, wieder an, nach Erklärungen zu suchen. Bisherig flog mir die Erinnerung an eine mir bekannte Familie durch den Sinn — ich fragte mich, ob nicht etwa Frau Möbius verwandt sei? Aber sie hatte in Blick, Worten und Benehmen nicht die geringste Spur des geringsten Symptoms, das auf ein solches Ansehen hätte schließen lassen. Ebenfalls erlaubte die Ordnung und Reinlichkeit in der Wohnstube, in die ich von ihr geführt wurde, auf irgendeine Störung oder Unordnung ihres Geistes zu schließen, wenn es wahr ist, daß ein Blick in die häus-lichkeit zugleich ein Blick in die Seele der Hausfrau ist. In dieser Stube sah ich das häusliche und heimlich aus; obgleich sie zugleich die Arbeitsstube des Hausherrn war und viele Bücher und Papiere in sich schloß, so waren diese doch so geordnet, daß sie mit den wenigen unbedeutenden Bildern an der Wand, mit den Gartenstühlen in den Fenstern noch einen Schaud des Zimmers bildeten. Ueberhaupt sah es hier, trotz der Armut, die sich nicht verbergen konnte, in allem und jedem so aus, als wäre man auf dem Schloß eines Stilllebens, das durch die Armut mehr gehoben als herabgedrückt wurde. In noch weit höherem Grade war dies der Fall, als die Sonne sank und die Ruhe des Abends sich noch zur Ruhe dieser Abgeschiedenheit gesellte.

Frau Möbius war in die Küche gegangen, um das Abendessen zu bereiten. Ich ging mit ihrem Manne, von den Kindern

umschwärmt, im Garten auf und ab. Es gefiel mir hier so sehr, daß ich ihn um diesen Aufenthalt beneidete, in den ihn doch keine Armut verbannt hatte. Auf einem kleinen Hügel im Hinter-grunde des Gartens sah ich mich um und pries sein Insulium in begeisterten Worten. Rechts von mir, ferne genug, daß kein Laut ihres Geräusches zu uns bringen konnte, lag die Stadt, deren Türme noch von der untergehenden Sonne vergolddet waren; vor ihr das Dorf, von einer reichen Pflanzenwelt verdeckt und hinter einem Gehege junger Blüten versteckt. Einen besonderen Reiz, besondere Poesie hatte dieses Dorf außerdem in den Augen eines jeden Gebildeten, da es in der Geschichte der deutschen Dichtung als Aufenthalt eines unserer edelsten Geister eine Rolle spielt. Unmittelbar vor mir lag ein Tal, das ein kleines Büschlein durch-floß und in das, ungeführt eine Bierzelle aufwärts, ein Seitental mündete, das durch ein Buchenwäldchen geschlossen war. Vor diesem Buchenwäldchen, bereits von den Schatten der niedrigen Berge bedeckt wie von scharfer Stille, lag ein ein-james Haus, dem die Stille und Einsamkeit, die ihm das kleine Tal gewährte, noch nicht zu genügen schienen, denn es lehrte sich mit Lüren und Fenstern dem Walde und wandte der Welt den Rücken zu. Trostlos hatte der Anblick dieses Hauses etwas sehr Einladendes, und ich konnte kaum meine Blicke davon abwenden. Zwischen zwei Abhängen, vor dem Wäldchen liegend, und außer-dem von blühenden Gehegen eingerahmt, war es ein vollendetes Landschaftsbildchen, das Ruhe und Frieden atmete.

„Wer ist der Glückliche, der diesen holden Winkel bewohnt?“ fragte ich meinen Wirt.

Er hörte nicht, und ich mußte meine Frage wiederholen. Er räusperte sich, sah sich verlegen um und antwortete endlich, nachdem er sich überzeugt, daß ich die Kinder nicht hören konnte, mit gedämpfter Stimme: „Dort wohnt der Scharfrichter.“

Ich wäre sehr überrascht gewesen, wenn mir die sonderbare Art und Weise meines Freundes bei dieser Antwort nicht auf-gefallen wäre. Warum wollte er meine erste Frage nicht hören? Warum sah er sich, bevor er sie beantwortete, so ängstlich um, und warum endlich lag er gleich darauf vom Hügel hinab und ent-fernte er sich von mir, als ob er weitere Erörterungen verhiindern wollte? Ich ging ihm nach, aber ich war zerstreut. Wie ich mir vorher die Frage gestellt hatte, ob keine Frau nicht vielleicht wahnsinnig sei, so flog mir jetzt der Gedanke durch den Kopf, daß auf Möbius vielleicht irgendein schweres Verbrechen lastete.

(Fortsetzung folgt.)



# Der Sturm der Reaktionen auf Preußen.

Otto Braun weist die Angriffe überlegen zurück.

In der Dienstag-Sitzung des Preussischen Landtages wurde die dritte Lesung des Etats begonnen.

Abg. Steinhoff (Dnat.): Wir werden auch in der dritten Lesung alle Anträge zugunsten der Beamten und einzelner Bevölkerungsschichten wieder einbringen, die im Röhrenauschuss gestanden sind. (Zurufe links: Große Heiterkeit links.) Die Republik ist in keiner Weise gefährdet, und wir denken nicht an eine gewaltsame Aenderung der Staatsform, aber unser in neueres Verhältnis zum preussischen Königshaus hat sich nicht verändert. (Schallendes Gelächter links, Zurufe Republikanhänger!) Durch die Forderung einer republikanischen Gewinnung erzieht man die Beamten zu Heuchlern. Aber das paßt ganz zu der autoritären Art wie Herr Braun in Preußen regiert. Wir verweigern diesem Ministerium jedes Vertrauen und werden für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmen.

Abg. Dr. v. Richter (D. Sp.) wiederholt noch einmal ausführlich die Klage über den unfreundlichen Ton Brauns gegenüber dem Reich. Die Betrauung Brechts mit der Vertretung Preußens im Reichsrat sei ein offener Mangel an Rücksicht, die Maßregelung des Ministerialdirektors Sachs sei in der brutalsten Weise vor sich gegangen. Oberpräsident Hüring habe seine schweren taktlosen Angriffe Reichsminister noch in den letzten Tagen wiederholt. Warum müsse der Staat Preußen den Führer des Reichsbanners befolgen? (Sehr gut! rechts.)

## Ministerpräsident Braun:

Jedem Beamten steht nach der Verfassung das Recht zu (Zuruf rechts: taktlos zu sein. — Anrufe links), sich einer Organisation anzuschließen, die ihm genehm ist, und die rechtsstehenden Beamten machen davon reichlich Gebrauch. Ich habe aber deswegen noch nicht den Vorschlag gemacht, daß wir deutsche nationale Agitatoren aus der Staatskasse bezahlen. (Sehr gut, links.)

Was über die Maßregelung des Ministerialdirektors Sachs gesagt worden ist, trifft Wort für Wort für die Maßregelung des Ministerialdirektors Brecht zu. (Sehr wahr, links.) Richter Sie also Ihre Kritik gegen den Minister, der zuerst den Fall Brecht geschaffen hat. Oder verzichten Sie wenigstens darauf, fortwährend von Gerechtigkeit und Unrecht zu reden. (Sehr gut, links.)

Der Redner der Volkspartei hat wieder einmal lang und breit über meinen schlechten Ton gesprochen. Ich habe dieses parlamentarische Gouvernamentum der Deutschen Volkspartei reichlich satt. (Sehr gut! links.) Die Volkspartei sollte lieber endlich einmal Stellung dazu nehmen, wie sie sachlich zur Benachteiligung der Ostprovinzen steht. (Sehr gut! links.)

Abg. Kruebe (Komm.) spricht scharf über Preußens Politik über den Völkerverbund, den er in der üblichen Weise herabsetzt. Abg. Schlange-Schönungen (Dnat.): Wenn irgend ein Thema zur dritten Lesung des Etats des Preussischen Staatsministeriums gehört, ist es der Fall Hüring. Eine Denkschrift des Reichsbanners beleidigt eine große Anzahl Staatsbeamter, indem sie ihren Verfassungseid in Zweifel zieht. Vor abfälligen Bemerkungen über die Eidesstreue rechtsstehender Beamter sollte sich namentlich die Sozialdemokratie hüten, die das Wort geprägt hat, daß man über Zwirnsfäden nicht stolpern dürfe. Aber Herr Braun magt nicht irgend etwas gegen den Vorsitzenden des Reichsbanners zu unternehmen, so selbstherrlich er sonst regiert. Dabei sollte er sich bewußt bleiben, daß jeden Staat auf die Dauer nur Leistungen erhalten, nicht Schmeichelei. (Schallendes Gelächter links.) Der Tag, an dem das Kabinett Braun stirbt, wird der Anfang der preussischen Auferstehung sein. (Bravol! rechts.)

## Abg. Heilmann (Soz.):

Die Denkschrift des Reichsbanners verlangt nicht mit einem Wort, daß die Stellen nach Parteizugehörigkeit und nicht nach Tüchtigkeit vergeben werden. Sie hebt im Gegenteil hervor, daß die Stellen noch nicht nach Tüchtigkeit vergeben werden, denn wenn unter sämtlichen Räten des preussischen Oberverwaltungsgerichtes nur drei Ueberzeugungrepublikaner seien, so kann eine solche Verteilung unmöglich auf der übermächtigen Mehrbefähigung der Rechtskreise beruhen. (Sehr gut! links.) Die Denkschrift greift auch nicht mit einem Wort die Eidesstreue irgendwelcher Beamten an, und das Wort von den juristischen Zwirnsfäden, über die wir nicht stolpern dürfen, ist vom Fürsten Bismarck gesprochen worden, als er das Privateigentum des früheren Königs von Hannover für Preußen einzog. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Aber Herr Schlange hat sich ja für seine heutige Rede einen großen Heiterkeitserfolg unbedingt durch die Bemerkung gesichert, ein Staat müsse sich durch Leistungen qualifizieren und nicht durch Republikanhängerei. Das war doch reichlich unvorsichtig von dem Reichstagsabgeordneten Schlange-Schönungen an dem Tage, an dem auf Antrag Graf Westarp und Fraktion das Republikanhängereigenschaft um zwei Jahre verlängert wird. Wo qualifiziert sich die Deutschnationalen Volkspartei durch die lex Westarp? (Heiterkeit links.) Herr Dr. v. Richter hat die Frage aufgeworfen, warum der preussische Staat den Vorsitzenden des Reichsbanners bezahlen müsse. Ich stelle fest: Mein Fraktionsfreund Hüring war Oberpräsident, ehe er Vorsitzender des Reichsbanners wurde; er war Oberpräsident und Vorsitzender des Reichsbanners, als Herr Dr. v. Richter preussischer Finanzminister war (Sehr gut! links.) Über der preussische Staat bezahlt ja von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Steuern, Standel, Frau Thöne, Pische, Dr. v. Campe, Dr. v. Richter, v. Egner, Dr. Bölich und Dr. Kriege; von der Deutschnationalen Volkspartei die Abg. Bachem, Deering, Ebersbach, Fuchs-Breslau, Salsloff, Hermann-Friedersdorf, Hoffmann-Münster, Dr. Käpfer, Rißhöfel, Koch-Berlin, Meyer-Magdeburg, Koch-Deppenhaußen, Mursch, Deize, v. Teslow, v. Gersdorf, Bortz und Weikermel. (Hört, hört! links.) Warum also gerade dem Reichstagsabgeordneten vorwerfen?

Der nächste Preussische Landtag wird noch härter republikanisch und sozialistisch sein und wird dazu beitragen, das Gefühl der Republik mit sozialem Inhalt zu füllen. Besonders schön sind am letzten Sonntag die Wahlen in Brandenburg a. N. ausgefallen, und so will ich im Hinblick auf die künftigen allgemeinen Wahlen den Herren von Rechts zum Schluß zurufen: Sie gut Brandenburg aller Wege! (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Abg. Radendorff (Wirtsch.): Der Landtag mühte eigentlich viel Luftbarkeitssteuer zahlen. (Heiterkeit.) Aber der Mittelstand ist furchtbar steuerüberlastet, und ehe nicht der ganze sozialistische Verwaltungsapparat rücksichtslos eingeschränkt ist, können wir dem Etat nicht zustimmen.

Der Etat der Domänenverwaltung wird bewilligt. — Beim Fortsetzt macht Abg. Jürgensen (Soz.) darauf aufmerksam, daß die Weichnachtsgratifikationen der Postarbeiter endlich ausgezahlt werden müßten. — Der Etat wird bewilligt, ebenso der Gehaltetat.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch: Fortsetzung der dritten Etatberatung.

Immer wieder Justizurteile gegen Reichswehrsoldaten wegen Spionage. Die jugendlichen Reichswehrsoldaten Wilhelm Holtz und Leo Schulz vom Infanterieregiment 18 in Ulm wurden am Dienstag in nichtöffentlicher Verhandlung vor dem fünften Straßengericht des Reichsgerichts wegen Vergehens gegen das Spionagengesetz und wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt, und zwar Holtz zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und Schulz zu

zwei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Beide sollen 1924 im Ulm und anderen Orten Schriften und Gegenstände der Reichswehr, die im Interesse des Reiches geheim zu halten waren, dem französischen Spionagedienst übermitteln haben. Sie erhielten dafür 50 bis 150 Mark.

## Die zollpolitischen Entschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag abend trat der Unterausschuß für die Zollfragen der Weltwirtschaftskonferenz zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Es wurden hier nicht weniger als sechs zum Teil sehr lange Entschlußentwürfe vorgelegt über die Höhe der Zolltarife, die Handelsverträge, die Ausfuhrzölle, die Einfuhrgebühren, über die Vereinfachung der Zollstatistik, über die Anwendung der Zollverträge.

Der Entwurf dieser Entschlüsse stellt ein umfangreiches Schriftstück dar, in dem über die gegenwärtige Lage der Zollpolitik sowie über ihre Ursachen ausführlich berichtet wird. Dann folgt ein kritisches Kapitel über die gegenwärtige Handelspolitik und den Schluß bildet eine Reihe von Empfehlungen, in welchen den Staaten u. a. erklärt wird, es sei nunmehr der Augenblick gekommen, mit der Erhöhung der Zölle ein Ende zu machen und mit ihrer Herabsetzung zu beginnen. Dem Völkerverbundrat wird anempfohlen, den Wirtschaftsausschuß zu beauftragen, durch Zugug von Vertretern aus Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie der Konsumenten und der Arbeiterschaft nach weiteren Mitteln zu suchen, wie ein fortschreitender Zollabbau ermöglicht werden kann. Für die Handelsverträge wird vor allem eine genaue Festlegung der Meißbegünstigungsklausel und deren allseitige Anwendung ohne Ausnahmen gefordert. Für Rohstoffe sollen keine Ausfuhrzölle mehr gefordert werden oder, wenn sie aus fiskalischen Gründen nötig sind, in möglichst niedrigen Sätzen. Auf alle Fälle sollen keine Ausfuhrzölle erhoben werden dürfen, um die Industrien anderer Länder aus Konkurrenzgründen zu belasten. Schließlich wird noch die Befolgung der gleichen Grundzüge für die Verbrauchsartikel anempfohlen.

Die Industriekommission hat den ganzen Nachmittag weiter über die Entschlußentwürfe zur Rationalisierung und zum Abbau bzw. einer Vereinheitlichung der Industriestatistik debattiert. Beide Vorträge wurden mit ganz geringen Textänderungen angenommen.

## Rückzug der französischen Schutzöllner.

Paris, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der von dem Abgeordneten Cayrel am Freitag mit dem Antrag auf Rückverweisung des Zolltarifs an die Kommission begonnene Vorstoß gegen den von der Regierung eingenommenen übertriebenen Protektionismus hat am Dienstag zu einem raschen Sieg über die Regierung auf der ganzen Linie geführt. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurioi hatte die Absicht, am Dienstag den Antrag Cayrel wieder aufzunehmen, der am Freitag mit der knappen Mehrheit von nur 18 Stimmen von der Kammer abgelehnt worden war. Die Debatte drohte am Dienstag für die Regierung gefährlich zu werden, und in den Wandelgängen der Kammer witterte man Krisenluft. Der Kabinettsrat besaßte sich deshalb am Dienstag mit der Lage und beschloß, sich nicht weiter auf die hartnäckige Ablehnung jeder Aenderung des Zolltarifs in seiner gegenwärtigen Form zu versteifen. So bestieg der Handelsminister Bokanowski sofort nach Eröffnung der Kammer die Tribüne und erklärte, die Regierung habe nichts gegen eine Vertagung der Diskussion des Zolltarifs bis zum 1. Juni einzuwenden.

Die ganze Linke nahm diesen Rückzug der Regierung mit tosendem Beifall auf. Bokanowski erklärte außerdem, die Regierung sei bereit, der Kammer die von den sozialistischen Rednern verlangten vergleichenden Tabellen zwischen den früheren Zollsätzen und den im neuen Tarif beabsichtigten zu liefern. Sie sei weiterhin bereit, eine Herabsetzung der Tarife für gewisse Länder, mit denen Frankreich gegenwärtig verhandelt und die diese interessieren, ins Auge zu fassen, aber nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit. Nach diesen Erklärungen des Handelsministers zog der Abgeordnete Vincent Aurioi seinen Antrag zurück.

Der Präsident der Finanzkommission, Maion, protestierte noch im Namen der Radikalsozialistischen Partei in scharfen Worten gegen die Entstellungen gewisser Zeitungen, als ob seine Partei der Regierung Schwierigkeiten mache. Sie habe nur die Absicht gehabt, gegen die durch den Zolltarif begünstigende Verteuerung der Lebenshaltung zu protestieren.

## Aus aller Welt.

Ein Flugzeug in der Nordsee gefunden. Der deutsche Dampfer „Mar Weidmann“ fand am Montag abend in der Nordsee unweit der englischen Küste ein Flugzeug. Sofort entband sowohl in England wie in Frankreich das Gerücht, daß es sich um das Flugzeug von Kungesser handele. Die Nachforschungen ergaben jedoch, daß es ein britisches Bomberflugzeug war, das am 14. Mai von einem Flugplatz in Norfolk aufgestiegen war und später in der Nordsee eine Notlandung vornehmen mußte. Die Besatzung des Flugzeuges war bereits mit dem Fischerboot geborgen worden, während das Flugzeug am Dienstag vormittag an Land geschleppt wurde.

Maibodent der bayrischen Politik. In der „Bayr. Staatszeitung“, dem Amtsblatt der bayrischen Regierung, lesen wir: Die Maibodentprobe im Hofbräuhaus ist seit Jahren die Heerstraße aller Lemter und Behörden des Staates geworden. Und sie war es auch heuer wieder. Alle Staatsminister waren da, ferner die Staatsräte aller Ministerien, die viel verzweigten Verwaltungsbehörden, kurzum, alles, was zum offiziellen München zählt, war bei der Probe des Maibodes zugegen. Die politischen Gegenläufe sind bei einer solchen Probe verwischt, die äußerste Linke und die äußerste Rechte im Landtag und Stadtrat gingen schiedlich friedlich beieinander; sie hatten nur einen Gedankenaustausch, den über die Güte des Maibodes.

Die eigene Schwester geheiratet. In Kallerslautern wurde ein Mann verhaftet, der angezeigt worden war, seine eigene Schwester geheiratet zu haben. Er wurde aber bald wieder entlassen, da ihm keine beweisbare Handlung zur Last gelegt werden konnte. Der Mann wurde als uneheliches Kind bei fremden Eltern in Bayern erzogen. Als der junge Mann aus dem Kriege zurückkehrte, lernte er eine Kallernerin kennen, die seine Schwester war. Beide wußten jedoch nicht, daß sie Geschwister seien und heirateten.

Im Benzollant aus Beben gekommen. Im Betriebe der Firma Dr. Otto in Bendorf (Rheinland) fiel ein Arbeiter, der aus einem Benzollant Benzol schöpfen wollte,

## Die polnischen Eisenbahnen als Pfand für eine Anleihe?

In der polnischen Presse wird seit einigen Tagen plötzlich intensiver das Problem einer Umgestaltung der polnischen Staatsbahnen in die private Betriebsform diskutiert. Es wird angenommen, daß eine derartige Umgestaltung von den ausländischen Finanzkapitalisten gefordert wird, die als Anleihegeber in Frage kommen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Namjan Macdonald hat am Dienstag mit einer Verabredung von drei Wochen die Heimreise aus Amerika angetreten. Wenn auch wieder soweit hergestellt, um die Rückfahrt unternehmen zu können, so ist doch nach Meldungen aus New York sein Gesundheitszustand noch weit davon entfernt, als befriedigend gelten zu können.

Zu der weiteren Beratung des englischen Scharfmachers Geoges im Unterhaus war der Redner der Regierung, Sir Douglas Hogg, einem neuen Kreuzfeuer von Fragen durch die Arbeiterpartei ausgesetzt, die sich auf das geplante Verbot von Sympathietreibern bezogen. Die Antwort des Redners der Regierung kam praktisch auf eine Bestätigung der Feststellungen der Redner der Arbeiterpartei heraus, wenn auch Sir Douglas Hogg darauf bestand, daß trotz der Bestimmungen des Regierungsentwurfs gewisse Sympathietreibern gesetzlich erlaubt sein sollen.

Die französische Heeresreform findet Schwierigkeiten. Am Dienstag hat die Armeekommission des französischen Senats nach längerer Diskussion, in der es zu heftigen Zusammenstößen kam, den ersten Artikel des Gesetzes über die Organisation der französischen Nation in Kriegszustand mit 15 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dieser Artikel sah die Mobilisierung sämtlicher Franzosen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts vor. In der Kommission wurde betont, daß der Artikel in seiner gegenwärtigen Fassung Frankreich in zahlreichen Ländern dem Vorwurf des Militarismus aussetzte.

Sinowjew darf in Rußland überhaupt nicht mehr mitreden. Die „Pravda“ widmet einem neuen „Fall Sinowjew“ einen Leitartikel, worin dem ehemaligen Führer der Komintern Dinge gesagt werden, wie er sie wohl bisher nie zu hören bekommen hat. Seine Rede beim „Pravda“-Jubiläum (deren Wortlaut immer noch nicht bekannt geworden ist) wird von der „Pravda“ als eine „Benefizvorstellung eines Aarten“ bezeichnet, als eine unerhörte und beispiellose „Appellation an die Parteilosen gegen die Partei“. Sinowjew nennt das Blatt einen bunteroten Führer, einen Propheten, dem niemand glaubt, einen unerwünschten und aufdringlichen Ratgeber. Die Opposition treibe eine Politik der Wüstenhölle gegen die große Mehrheit der Partei und ihr neuester Versuch müsse um so mehr getadelt werden, als der gegenwärtige politische Moment für die Sowjet-Union ohnehin sehr schwierig sei. „Genug des Narrenspiels! Führer euch anständig auf und hindert die Partei nicht bei ihrer Arbeit!“ — heißt es zum Schluß des Artikels. Man erwartet neue Maßregelungen gegen die Opposition.

Eine neue Untersuchung im Falle Sacco-Banzetti. Aus New York wird mitgeteilt, daß der Gouverneur des Staates Massachusetts beabsichtigt, eine besondere Kommission zu ernennen, um eine neue Untersuchung der Angelegenheit Sacco und Banzetti einzuleiten. Die Präsidenschaft dieser Kommission ist dem früheren Staatssekretär Hughes angeboten worden.

Blutige Kämpfe der Amerikaner in Nicaragua. Ein Kapitän und ein Soldat der amerikanischen Marine wurden in Nicaragua in einem Kampf mit einem Trupp „Liberaler“ bei Leon getötet und mehrere Sechshundert verwundet. Die „Liberalen“ (das heißt, die Vertreter der größten Partei Nicaraguas — Red.) verloren sechs Tote.

**Stundenlang**  
suchen Sie eine Kaufgelegenheit für gute und billige Wäschestücke. Jetzt gilt es, sich diese Qualität zu erhalten, indem Sie nur mit **Dr. Thompson's Seifenpulver** waschen

DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER

infolge Betäubung durch Gase in den Tank. Sein Verschwinden wurde erst bei der Kaffeepause bemerkt. Die Leiche wurde dann in dem Tank gefunden.

Der Tod beim Karussellfahren. Beim Karussellfahren in Müßberg (Eibe) stürzte infolge eines Schwindelanfalles ein 17jähriger Lehrling so unglücklich aus einer Schaukel, daß er mit einem Wirbelbruch tot liegen blieb.

Berurteilte Kolonialhändler. Das erweiterte Schöffengericht in Charlottenburg verurteilte eine Reihe von Personen, die des Kolonialhandels beschuldigt waren. Der Hauptangeklagte Bernhard Schmidt, den der Staatsanwalt als einen der gefährlichsten Kolonialhändler bezeichnete, erhielt neun Monate Gefängnis, ein anderer Angeklagter elf Monate Gefängnis und zwei einen Monat bzw. sechs Monate Gefängnis.

Das Palais eines Erzbischofs abgebrannt. Das Palais des rumänischen Erzbischofs von Alba Julia ist einem gemaintigen Feuer zum Opfer gefallen. Neun Beamte, darunter zwei rumänische Priester, haben den Tod in den Flammen gefunden, sieben Personen wurden außerdem schwer verletzt. Da sich in dem Gebäude wertvolle Kunstsammlungen des Erzbischofs und eine Bibliothek letzterem Bücher befanden, ist der Schaden außerordentlich groß. Das Feuer wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Die Täterin soll eine Frau sein, die durch die Kirche von ihrem Manne geschieden wurde.

Neue Erdbeben in Südrußland. Aus Belgrad wird gemeldet, daß dort am Dienstag, gegen 8 1/2 Uhr abends, ein neues, ziemlich heftiges Erdbeben zu verspüren war. Das Zentrum des zwei Minuten andauernden Bebens lag auch diesmal wieder südwestlich von Belgrad. Es handelte sich seit Sonntag früh um den 30. Erdstöß in der genannten Gegend. Der am Dienstag angerichtete Schaden ist nur gering. Bei einem Beben am Sonntag lag noch der amlich vorliegenden Meldungen sieben Menschen ums Leben gekommen. Nach privaten Meldungen soll die Zahl der Toten aber noch größer sein.



# Radrennbahn Grünsieche

Verein für Radrennen (E.V.)

Sonntag, 22. Mai, nachm. 4 Uhr  
Eintritt 2 Uhr

Gr. u. Kl. Maienpreis

**Limart**  
**Ruyseveldt**  
**Lewanow**  
**Feja**  
**Krewer**  
**Skupinski**

8675

Internationaler „Fünfer“-Kampf mit  
Poulain / Degraeve / Fricke / Knappe / Rieger  
sowie 2 Amateur-Rennen.

Freitag und  
Sonnabend 6 Uhr Training

# UNSERE BILIGEN Baumwollwaren

Die Preise für Rohbaumwolle und Leinen, sowie für die daraus gefertigten Waren steigen fast täglich. Wir stellen die enormen Vorräte unserer bekannten Vertrauensqualitäten noch zu nachstehenden, außerordentlich niedrigen Preisen zum Verkauf u. empfehlen baldige Deckung des augenblicklichen u. späteren Bedarfs! ~ ~

Wäschetuch gutes süddeutsch. Fabrikat, 80 cm breit, Mtr. 52	45 Pf.
Hemdentuch starkfädig . . . . . Meter 58	52 Pf.
Renforce feinfädig, für Leibwäsche . . . . . Meter 78	68 Pf.
Madapolam für feine Leibwäsche . . . . . Meter 90	72 Pf.
Linon solide Qualität, für Bettwäsche 130 cm breit Meter 1.65, 1.15, 98, 80 cm breit Meter 95, 68,	55 Pf.
Wallis für Bettwäsche 130 cm br. Mtr. 1.85, 1.45, 80 cm breit Mtr. 1.10	90 Pf.
Bettendamast gutes süddeutsches Fabrikat 130 cm breit Mtr. 3.25, 1.95, 98, 80 cm breit Mtr. 1.95	115
Bettinlett bewährte, echtfarb. federdicke Qualit. 130 cm breit Mtr. 2.95, 2.45, 80 cm breit Mtr. 1.80	145
Haustuch für Bettdecken, schwere Ware . . . . . Meter 1.55	125
Bettzücken solide, echtfarbige Qualitäten 130 cm breit Mtr. 1.25, 85, 80 cm breit Mtr. 68	48 Pf.
Schürzenstoffe gestreifter Gingham, 115 cm breit. . Meter 1.25	85 Pf.

## Bettwäsche

Bettbezug aus Wäschestoff, mit 2 Kissen . . . . . 6.25	4 95
Bettbezug aus Linon mit 1 glatten und 1 gestickten Kissen . . 12.—	8 50
Bettbezug aus Wallis, mit 2 Kissen . . . . . 12.75	10 50
Bettlaken aus gutem Haustuch . . . . . 3.25	2 65
Bettlaken aus gutem süddeutschen Daules . . . . . 4.—	3 80
Kissenbezüge Wäschestoff, mit Bogen . . . . . 1.95	95 Pf.
Ueberschlaglaken aus solidem Cretonne, mit Bogen . . . . . 2.25	5 25
Ueberschlaglaken guter Linon, mit reicher Stickerei und Hohlsäumen . . 11.50	7 25

## Tischwäsche - Handtücher

Tischtücher weißer Damast . 120/150 cm 3.60, 110/110 cm passende Servietten . . . . . 68 Pf.	2 25
Tischtücher Jacquard reinh. 135/140 cm 5.75, halbleinen 130/130 cm	3 95
Küchenhandtücher . . . . . 58, 48	35 Pf.
Drellhandtücher solide Qualitäten . . . . . 95, 75	58 Pf.
Damasthandtücher Baumwolle und Halbleinen . . . . . 1.10, 85	75 Pf.

Auf Extra-Tischen im Lichthof **RESTE** von Baumwollwaren, Inletts, Züchen, Handtüchern, Tischzeug zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen

# LINDEMANN & Co A.G.

DAS HAUS DER VERTRAUENSQUALITÄTEN  
BRESLAU • OHLAUER STRASSE 71/73

# Wäsche

Taghemden solide Stoffe, mit Garnierung . . . . . 2.75, 2.00	95 Pf.
Nachthemden aus soliden Wäschestoffen, mit Stickerei oder Spitze . . . . . 3.75, 2.95	2 45
Hemdhosens feinfädiger Stoff, mit Spitze und Stickerei . . 3.25, 2.10	1 45
Prinzebröcke feinfädige Stoffe, mit Spitzengarnierung . 6.25, 4.75	2 95
Untertailen feinfädige Stoffe, mit Garnierung . . . . . 2.50, 1.75	95 Pf.
Schlafanzüge aus farbigem Batist . . . . . 9.50	8 90

# Schürzen

Jumper-Schürzen Gingham oder Zephir . . 1.75, 1.25	75 Pf.
Jumper-Schürzen aus Zephir und Indanthronstoffen . . 4.50, 3.75	2 75
Servierkleider Zephir oder Gingham . . . . . 2.95	1 95
Weißer Kleiderschürzen aus solidem Cretonne . . . . . 6.90	4 75
Schwarze Berufsmäntel aus guten Stoffen . . . . . 7.50	6 50
Jumper-Schürzen schwarz, aus gutem Panama . . . 4.75, 3.50	2 75

**Stadttheater**  
Mittwoch 8 Uhr:  
„Die verkaufte Braut“  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
17. Wagn.-Bockelmann  
Serie K  
„Die Südin“  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
18. Wagn.-Bockelmann  
Serie C  
„Das Rheingold“

**Stadttheater Breslau**  
(Opernhaus)  
Sonntag, den 22. Mai, abends 8 Uhr:  
Szenische Uraufführung  
**Belsazar**  
Oratorium in 3 Akten von G. Fr. Händel  
Text von Charles Jennens, ins Deutsche übertragen von Friedr. Chrysander  
Für die Bühne eingerichtet von H. Graf.  
Musikal. Leitung: Fritz Cortolezis.  
Inszenierung: Dr. Herbert Graf.  
Bühnenarchitektur und Kostüme: Prof. Hans Wildermann. — Choreographie: Helga Swedlund. — Einstudierung der Chöre: Justus Debelak.  
Mitwirkende Breslauer Vereinskörper:  
Im Orchesterraum: Die Singakademie und Mitgl. des M. G. V. „Fidelio“. Auf der Bühne als Singchöre: Mitgl. des Volkshores; als Bewegungschöre: Ostf. Gymnastik-Inst. (T. Homagk, M. Müller-Brunn); Tanzschulen von G. Heyn, H. Manasse und K. Roßdeutscher, Turnverein „Vorwärts“.  
Insgesamt ca. 500 Mitwirkende.  
Der Kartenvorverkauf hat begonnen.  
Eintrittspreise: Gruppe IV (v. 78 Pf. — 9 Mk.)

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 3630.  
Täglich 8 Uhr:  
Der glänzende Operettenerfolg!  
„Jugend im Mai“  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Cady Hamilton“

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Mittwoch, nachm. 7 1/2 Uhr:  
Keine Preise!  
„Die bestfahrenden Kleinräder“  
Donnerstag, nachm. 8 Uhr:  
Seltene Wiederholungen!  
„Die Gefangene“  
Samstag, abends 8 Uhr:  
„Spiel im Spiegel“  
**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6790  
Mittwoch, Donnerstag abends 8 Uhr:  
„Die Mitternächtligen“  
Dienstag:  
„Der zerbrochene Krug“

**Victoria**  
Kasino — 8 1/2 Uhr  
Apostolisches Varietal  
Gastspiel: Lariza

**Opern-Tragödie**  
**Schauspielhaus**  
Chores-Kasino 18 Uhr  
Spart. Kas. / Varietal / Theater  
**Polizei-Rätsel**  
Mittwoch, 18 Uhr  
**Im-Sitze-Kämpfe**  
Donnerstag, 8 1/2 Uhr  
e. des große Programm  
5 Mk. 10 Pf. Persele

**Arbeiter-Radfahrer-Bund**  
„Solidarität“, Gau 8  
Sonntag, den 22. Mai 1927  
**Gr. Radsportfest**  
in Bries.  
Vorm.: Eintreffen der Motorradfahrer sowie Ortsgruppen (Treffpunkt Weinberg)  
8 Uhr: **Strassenrennen**, Ziel vor Paulan  
Mittags 1 1/2 Uhr: **Festzug** vom Holzmarkt über Zollstr., Ring, Mollwitzerstr. nach Gem. Stadion. Dortselbst von 8 Uhr ab:  
Rehreiten / Harn-, Kessel- und Stenorenreiten / Kanufahren / Badball / Statistiken / Kassenbuchführung  
Eintritt 20 Pf. Tribüne 50 Pf.

**Schlesisches Landesorchester**  
Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr  
**Südpark-Konzert**  
Crona-Symph. Beethoven  
Leit.: Behr. Eintr.: 60 Pf.

**Liederbuch**  
des Reichstanzers  
Schwarz-rot-Gold  
69 Lieder alt. Noten  
Preis 60 Pf.  
Vertrieb: Buchhandlung  
**Sofort Geld**  
aus Späcker: 7551  
**Schuhhaus Rother**  
Breslauer Str. 24

Neu ausgeschrieben!  
**„Primas“**  
Sport- u. Kinderwagen  
Erfindet in Bielefeld:  
**Hermann Knoch**  
Bismarckstr. 2.  
**Proletarier!**  
Bezieht die Hindernisse des Sprachenspiels! Lernt die Weltprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird

**Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel!**  
Friedrich Ebert, Schriften — Aufzeichnungen — Reden  
Das große Gesamtwerk des ersten deutschen Reichspräsidenten und sozialistischen Kämpfers. Herausgegeben von Friedrich Ebert jun. Eingeleitet durch ein umfangreiches Lebensbild Friedrich Eberts aus der Feder von Paul Kampffmeyer. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß.  
2 Ganzleinenbände mit 16 Bildern 15.00 Mark.  
Emil Felben, Einem Menschen Weg  
Ein Fritz Ebert-Roman — Ganzleinen 5.00 Mark.  
**Volksrecht-Buchhandlungen**  
Neue Graupenstr. 5  
Neue Tschentsch. 11



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Mai.

Gautonferenz der schlesischen Jungsozialisten.

In Anwesenheit der Vertreter des Bezirksverbandes und des örtlichen Vorstandes der Partei, der Arbeiter-Jugend u. a. fand am Sonntag, den 15. Mai, die Gautonferenz der Jungsozialisten statt. Sie wurde eingeleitet durch ein Referat von Dr. Otto Neuraß, des Direktors des Wiener Wirtschaftsmuseums, der die „Klassenprobleme der europäischen Politik“ behandelte und ausgehend von den reichen und mustergültigen Erfahrungen Österreichs — die bestehenden und die sich neu formierenden Klassenfronten Europas in ihren Ursachen und Wirkungen behandelte. Das österreichische Zweiparteiensystem ist ein Produkt des einheitlichen und zielbewußten proletarischen Klassenkampfes. Dennoch ist das Bürgertum durchaus nicht einheitlich. Daher bestehen parlamentarische Möglichkeiten, einzelne Gruppen des Bürgertums in die proletarische Front einzubeziehen. So haben z. B. die Intellektuellen durchaus Chancen in beiden Klassenfronten und sind daher zu gewinnen. So lassen sich durch Steuerdifferenzierungen die kleinen Gastwirte gegen die großen gewinnen, so ist durch geschickte Bauernpolitik auch der Kleinbauer zu gewinnen. Alle diese Gruppen können sich der Führung des industriellen Proletariats unterstellen. Man muß sich freilich über die Unzuverlässigkeit dieser Gruppen klar sein; diese mögliche parlamentarische Front entspricht nicht der Bürgerkriegsfront.

Über diese parlamentarische Front reicht u. a. zur Ergreifung der politischen Macht schon aus. Es gibt keinen Gegensatz zwischen physischer und parlamentarischer Machtpolitik. So haben z. B. die österreichischen Sozialdemokraten die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zur Entwaffnung des Bürgertums benützt. Es muß nur auch in der Koalition der rein proletarische Machtwort erhalten bleiben, es müssen die Vertreter des Proletariats im Parlament und Verwaltung nicht Beamte eines abstrakten Staates oder einer Neutralität werden, die immer nur den Deckmantel bürgerlicher Macht bedeuten.

Ohne den proletarischen Klassenwillen nützt uns der Besitz von Fachleuten ebensowenig wie die parlamentarische Weisheit. Ist dieser Wille da, so ist der Einfluß des Proletariats bei geschickter Politik, wie in Wien, weit größer, als es zu erwarten wäre.

Der Nachmittag der Konferenz war den Fragen der Organisation gewidmet. Der Geschäftsbericht zeigte die weit über die Mitgliederzahl hinausgehende Betätigung, von der zwei große Buchausstellungen mit Führungen hervorgehoben seien. Doch ist auch die Organisation im zahlenmäßigen Aufstieg; eine Anzahl neuer Ortsgruppen ist im Berichtsjahr entstanden. Das Verhältnis zur Partei ist im allgemeinen recht gut geworden, doch bestehen in der Provinz oft noch Voreingenommenheiten, deren Beseitigung durch den Bezirksvorstand erbeten wurde. Die Neuwahl der Gauleitung bestätigte ihre bisherigen Mitglieder in ihren Funktionen. Die Geschäftsführung liegt weiterhin in den Händen des Genossen Oskar Krumschmidt, Breslau, Schleiermacherstraße 11.

Die neue Zeit.

Wir werden uns an sie gewöhnen müssen. Wie oft haben wir Allen uns geküßt, wenn es aus jugendfrohen Kehlen erscholl: Mit uns geht die neue Zeit!

Reicht sie wirklich schon mit uns? Im Zeichen der Friedrichs-Reg-Marte möchte man allerdings daran zweifeln. Die Reichspost hat damit bewiesen, daß sie immer noch im Fahrwasser des Ewig-geltingen segelt.

Aber sie kann auch anders. Nämlich dann, wenn es sich um die wirkliche Zeit, richtigere um die Zeitrechnung handelt. Im Telegraphen- und Fernsprechverkehr hat die Reichspost bewiesen, daß sie mit der Zeit geht. Vor- und nachmittags sind abgeschafft.

„Nun schlägt es dreizehn!“, ruft mancher entsetzt aus. Jawohl, schlägt es auch.

Angehore Perspektiven eröffnen sich.

Man denke nur, wenn der solide Ehemann zwischen 12 und 1 Uhr — nachts natürlich — nach Hause kommt und die Gattin ihn liebevoll empfängt: „Nun schlägt's dreizehn!“

Daß sich was! Mittags 1 Uhr kommt kein vernünftiger Ehemann aus der Kneipe, es müßte denn schon mehr als kümmerlich gewesen sein.

Also, die Liebe hat daneben gehauen, mit ihrer Zeitrechnung selbstverständlich. „Dreizehn? Erlaube mal, es ist erst 0 Uhr 45 Minuten, also noch lange nicht Polizeistunde.“

Eine vermeintliche Gesichtspunkte. Die folgende auch.

Ein Liebespaar hat ein Stellbillet vereinbart. Um 7 Uhr soll Treffpunkt sein.

Da erhält die Liebste kurz zuvor ein Telegramm: „Komme erst 1/2 12 Uhr.“

Großes Kopfzerbrechen. Die Uhr gibt keinen Aufschluß. Und an den Fingern abzählen? So viel Finger gibt's ja gar nicht.

Aber schließlich kommt man auf den Trichter. Nachmittags 1 Uhr = 13, 2 = 14, 3 = 15. usw. Also ist 1/2 12 oder 20,30 Uhr gleich 8,30 Uhr abends.

Etwas kompliziert zwar, aber es geht und schließlich wird man sich daran gewöhnen und es ganz selbstverständlich finden, wenn um 24 der Tag vorbei ist und um 1 Uhr ein neuer Tag beginnt.

Ja, ja, die neue Zeit.

Breslauer Verschönerungsverein.

Aus dem Jahresbericht, der in der ordentlichen Mitgliederversammlung am 16. Mai mitgeteilt wurde, geht hervor, daß der Verschönerungsverein gegenwärtig 445 Mitglieder zählt. Im vergangenen Jahre hatte der Verein den Tod des Bürgermeisters i. R. Georg Dedittus zu beklagen, der seit 1918 Vorsitzender der Abteilung Westen war und der als Naturfreund mit aller Liebe und großem Verständnis für die Ziele des Vereins gewirkt hat. Im übrigen ist eine wesentliche Verbesserung in der Zahl der Mitglieder nicht eingetreten. Wie stets, ist der Verschönerungsverein bemüht gewesen, durch Anpflanzungen und Aufstellen von Bänken, sowie durch die Unterhaltung und Anlage neuer Wege die nähere und fernere Umgebung von Breslau zu schmücken und für den Ausflugsverkehr zu erschließen. Insgesamt wurden 155 neue Bänke aufgestellt, davon 70 auf beiden Oberufern im Döbmitzgebiet, 50 im Süden und 35 im Westen. Von neuem geschaffenen Wegen ist der zwischen dem Oltaschiner Kirch- und Mittelwege an der Nordseite der Güterumgehungsbahn gelegene zu erwähnen, sowie die Verbreiterung des am Stadthaus Kleinburg vorüberführenden schmalen Weges. Im übrigen sind Verbesserungen der verschiedensten Art durchgeführt und ist das Wandergebiet zwischen den Bahnhöfen Breslau — Bries und Breslau — Karlsmarkt weiter mit Markierungen versehen worden. Es wurden im Jahre 1926 rund 30 Wegekreuzen und Pfeiler angebracht, die von der Firma Faulhaber, Breslau, Klosterstraße 18, kostenlos gestrichen und beschriftet wurden. Der Firma gebührt hierfür der Dank des Vereins, wie auch der Firma Neugebauer, Reußstraße 19, dafür, daß sie für die Wegemarkierungen Farbe und Pinsel zu einem sehr maßvollen Preise überlassen hat. Der Verdienst für die Veranstaltung am 23. Mai in der Schweizeret in Scheibitz ein Morgenkonzert, das von dem Verein ehemaliger Militärmusiker veranstaltet wurde und einen Reinertrag von rund 220 Mark erzielt hat.

Die Größe des Vereins und seine Mitgliederzahl stehen bedauerlicherweise noch immer in einem gewissen Gegensatz zu der von ihm geleisteten Arbeit. Das liegt aber keineswegs an dem Mangel an gutem Willen, sondern an der Knappheit der Geldmittel. Immerhin kann festgestellt werden, daß seit dem Kriegsende doch ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen ist. Die bevorstehende Eingemeindung wird den Verein hauptsächlich in die Lage versetzen, seine ursprüngliche Tätigkeit zu erweitern und auch auf eine Reihe von bisherigen Randgemeinden auszudehnen.

„Das Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie“

ist eingetroffen. Wir bitten alle Genossen, das Buch im Parteisekretariat bald abholen zu wollen. Preis 3 Mark in Leinen gebunden. Wer das Buch noch nicht bestellt hat, kann es trotzdem noch zum Vorzugspreise für Parteimitglieder im Parteisekretariat erhalten. Im Buchhandel ist das Werk nur zum Preise von 5 Mark zu haben.

Arbeitslose Reichsbannerkameraden und S. P. D.-Mitglieder!

Dienstag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr

Versammlung mit Frauen!

Genosse Eggers (Geschäftsführer des schlesischen Bildungsamtes) spricht über: Kulturrfragen und Forderungen der Arbeitslosen

Es wird gebeten, an allen Dienststellen auf die Versammlung aufmerksam zu machen!

Papier- und Obstreste auf der Straße.

Eine Unsitte, die scheinbar nicht auszurotten ist, bildet das Wegwerfen von Papier und Obstresten auf die Straße. Überall, wohin man sieht, liegt in den Breslauer Straßen und Wägen, auch auf den Promenadenwegen Papier herum und seien es auch nur die kleinen Straßenbahnfahrtscheine, die besonders an den Haltestellen den Bürgersegen verunzieren. In München hat man Beamte in Zivil an die Straßenbahnhaltestellen gestellt, die beauftragt sind, gegen Quittung sofort zwei Mark Strafe von jedem einzuziehen, der irgend etwas auf die Straße wirft, was von Rechtswegen in den Papierkorb gehört. Wir sind gewiß nicht dafür, daß diese Münchener Methode nach Breslau verpflanzt wird, aber es gibt auch bei uns genug Leute, denen eigentlich nur eine Geldstrafe dazu verhelfen könnte, mehr Rücksicht auf die Straße zu nehmen. Es wird niemand behaupten können, daß es sonderlich schön wirkt, wenn überall auf den Bürgersegen Papierfetzen herumliegen.

Noch viel häßlicher wirken die herumliegenden Obstreste, die zudem das Gefährliche an sich haben, mehr oder weniger schwere Unglücksfälle zu bewirken. So mancher alte Invalide ist schon über einer Bananenschale schwer zu Fall gekommen, und nicht nur alte Leute, auch jüngere und Kinder können sehr leicht über Apfelsinen- und Bananenschalen stürzen. Wenn nachgewiesen werden kann, daß durch sein unachtsames Wegwerfen von Obstresten ein Mensch zu Schaden kam, der dann wegen fahrlässiger Körperverletzung auf die Anklagebank kommen. Im Falle einer Beurteilung muß der Betreffende auch zivilrechtlich für den eingetretenen Schaden (Schmerzensgeld, Doktorkosten) haften.

In erster Linie muß auf die Kinder dahin eingewirkt werden, niemals Obstreste auf die Straße zu werfen. Die Schule wäre wohl am besten, nach dieser Richtung Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu leisten. Es wäre auch den Herrschaften, die ihren Hund auf die Straße führen, dringend zu empfehlen, mehr darauf zu achten, daß der Vierfüßler sich keine „Erleichterung“ nicht gerade mitten auf dem Bürgersegen leistet. Eine Unsitte ist es auch, Bettvorleger, Decken und andere Dinge zum Fenster heraus, oder auf dem Balkon zu klopfen und zu reinigen. Auch das verstoßt gegen eine Polizeiverordnung und kann mit Geldstrafe geahndet werden.

Der moderne Großstädter ist doch wahrlich durch den unvermeidlichen Staub der Straße und den Benzolgefank der Autos schon geplagt genug, so daß niemand noch zur Verschlechterung der Luft beitragen sollte. Schließlich zeigt man auch dadurch seine rechtschaffene Gesinnung, daß man auf der Straße alles unterläßt, was andern zur Belästigung, zum Ärger oder zum Schaden dient.

Die Wander- und Ferienustunft

des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ ist nun wieder eröffnet. In beständigem Umfange soll die Beratung diesmal auch auf Ferienunternehmungen ausgedehnt werden. Bekanntlich unterhält die über ganz Deutschland und Österreich weit verbreitete Wanderorganisation des werktätigen Volkes eine große Anzahl Wander-Herbergen und Ferienheime. In Deutschland allein ist deren Zahl bereits auf fast 200 angewachsen. Die Häuser sind zum Teil bewirtschaftet und bieten dem erholungs-suchenden Hand- und Kopfarbeiter den idealsten Ferienaufenthalt bzw. die billigste Uebernachtungsmöglichkeit. Ein ausführliches Reichshüttenverzeichnis liegt während der Zusammenkünfte abends aus, ebenso kann dort das Verzeichnis der Deutschen Jugendherbergen eingesehen werden.

Die Auskunftserteilung erfolgt kostenlos jeden Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends, im Restaurant des Gewerkschaftshauses.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Breslau e. V.

Aus dem Zoo.

Am letzten Sonntag, den 15. Mai, ist das erste „freudige Ereignis“ im Zoo eingetreten. Die Kuh des erst kürzlich von der Firma Ruhe bezogenen Kennzettelpaars warf ein Kälbchen, das in Form und Farbe erheblich von beiden Eltern abweicht. Besonders am Rücken und Kopf ist es viel dunkler gefärbt, als die ausgewachsenen Tiere. Das Sonntagstünd, das zuerst kaum auf seinen grotesk langen Beinen stehen konnte, springt jetzt schon munter herum und läuft der Mutter überall hin nach.

Der kommende Sonntag in Grünheide.

Der Verein für Radrennen hat in diesem Jahre die Absicht, gleich anderen deutschen Bahnen den Fliegerpost wieder mehr in den Vordergrund des Interesses zu stellen, zumal in der Breslauer Sportarena die Fliegerrennen einen so großen Anklang bei der hiesigen Radsporgemeinde gefunden haben.

Der für den kommenden Sonntag ausgeschriebene Fünferkampf wird eine nicht weniger große Jugunummer wie die hervorragend besetzten Dauerrennen bilden; denn es ist dem Verein gelungen, hierfür fünf Fahrer von internationalem Ruf zu verpflichten, die als vollständig gleichwertig zu bezeichnen sind, und dadurch die Gewähr für schöne und spannende Fliegerkämpfe geben, wie sie die Grünheider Bahn schon seit langem nicht mehr gesehen

hat. Das Fliegerrennen wird in sechs Rufen ausgefahren und zwar treffen sich in fünf Rufen über zwei Runden je 4 Fahrer, während der letzte Lauf aus Punktfahren über acht Runden von neunzehn Fahrern bestimmt wird. Die Ergebnisse der Fliegerkämpfe werden mit 8, 3 und 1 Punkten, und das Punktfahren mit 12, 6, 4 und 2 Punkten gewertet.

Die interessanteste Persönlichkeit im Fünferfeld ist unstreitig der Franzose Gabriel Boussain; der ehemalige Weltmeister, kommt zum ersten Male nach dem Kriege in Grünheide an den Start. Neben den guten Kennern, die Boussain in der eben begonnenen Saison schon in Frankreich gefahren hat, sind seine bisherigen Starts in Deutschland hervorzuheben, wo er die beste deutsche Klasse hinter sich ließ. — Der mehrfache belgische Fliegermeister Alois Degraeve kommt ebenfalls zum ersten Male nach der Sommerbahn Grünheide. — Die Vertretung der deutschen Farben liegt wohl bei dem Hannoveraner Alex Friede als auch unseren einheimischen Fliegern Knappe und Rieger in guten Händen.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Leibknecht, R. G. Geöffnet werktäglich von 9—2 Uhr. Adler, A.: Menschenkenntnis. 27. — Freund, S.: Psychoanalytische Studien an Werken der Dichtung und Kunst. 24. — Gula-Welienburg, W. v.: Die Wunder der Auto-suggestion. 25. — Mueller-Friedenfeld, R.: Metaphysik des Irrationalen. 27. — Ruffel, B.: Unser Wissen von der Außenwelt. 26. — Riedel, E.: Grundriss der Erziehungswissenschaft. 27. — Spallitta, W. J.: Die Lehrerbildung in der neuen Schule. 27. — Wagner, J.: Grundlegung der Bildungsarbeit. 26. — Berliner, V. und Pfaffenberger, E.: Die Vorschriften über Aufwertung von Versicherungsansprüchen. 26. — Fraustädter, W. und Kreuhberger, M.: Das deutsche Ausländerrecht. 27. — Perjal, W. und Perjal, R.: Das deutsche Arbeitnehmer-Kapitel. 1. 25. — Ramus, P.: Die Zerlehnung des Marxismus. 27. — Illustriertes Musik-Lexikon. Herausg. von Herm. Abert. 27. — Pflüger, S.: Gesammelte Schriften. I. II. 26. — Friebe, J.: Kajak-Selbstbau. 27. — Hagen, W.: Sport und Körper. 26. — Wei, Fr.: Der Geist des Rotoko. 23. — Morgenstern, Chr.: Mensch Wandel. 27. — Rehm, W.: Geschichte des deutschen Romans. I. II. 27. — Beyer, S.: Norwegische Literatur. 27. — Kellner, V.: Geschichte der nordamerikanischen Literatur. 2. Aufl. I. II. 27. — Loti, Pierre: Journal intime. 24—25. — Bourgeois, E. und Pagès, G.: Die Ursachen und die Verantwortung des großen Krieges. Herausg. von B. Schwertfeger. 26. — Carter, Howard: Tutench-Amun. II. 27. — Hülp-Miller, R.: Lenin und Gandhi. 27. — Heine, Wenzig, H. E.: Silhouetten um Prag. 25. — Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. 27. — Stieve, F.: Deutschland und Europa 1890—1914. 27. — Berthelmer, F.: Deutschland, die Minderheiten und der Völkerverbund. 26. — Dillendorff, F.: Unter dem Glutbaum der Wüste. 27. — Passarge, G.: Die Erde und ihr Wirtschaftsleben. I. II. 26. — Pfabl, E.: Orientierungs-Lexikon der Tschecho-Slowakischen Republik. 2. Aufl. 27. — Fonten, J.: Griechische Landschaften. 24. — Kühnau, R.: Sagen der Grafschaft Glatz. 26.

Der proletarisierte Arbeitgeber.

Ein Friseurgehilfe Ioh. klagt gegen den Friseur M. wegen rückständigem Gehalt. M. hatte sein Geschäft verkauft und Ioh. versprochen, ihn weiter zu beschäftigen, sich dann mit seinem geringen Kapital anscheinend verpulvert und nicht mehr im Lande, seine Zulage aufrechtzuerhalten. Nach kurzer Verhandlung ist man sich über den Schuldbetrag, 138,50 Mark, einig und schließt einen Vergleich. Der Vorsitzende des Gerichts hat M. überzeugt, daß er als Unternehmer das Risiko zu tragen habe. Aber Geld hat er doch nicht und bittet um Ratenzahlung.

Ein typisches Bild, wie schnell die Reste des kleinen handwerklichen Betriebes — auch im Friseurgewerbe ist heute der kapitalistische Mann, der viele Gehilfen beschäftigt, sich elektrifizierte Anlagen usw. anschaffen kann, dem kleinen Meister überlegen — auf dem gleichen proletarischen Lebensstandards anlangen, wie der Arbeitnehmer, und doch so selten begreifen, daß das Schicksal des Proletariats auch ihr Schicksal ist. Rm.

Eine „Höhenwohnung“ ohne Dach.

Die Witwe Kitzke bewohnt in dem Grundstück Neue Graupenstraße 2 im vierten Stockwerk eine Wohnung, die unmittelbar unter dem Dach liegt. Da sich der Schwamm ins Gebälk und Mauerwerk eingemischt hatte, mußte in diesen Tagen das Dach teilweise entfernt werden, was zur Folge hat, daß nun am Tage die Sonne und nachts der Mond von oben in die Stube scheinen. Zur Vorsicht nimmt sich die Wohnungsinhaberin, die mit ihrer Tochter in der „lustigen“ Stube schläft, nachts auch den Regenschirm mit ins Bett, um ihn aufzupumpen, wenn es, wie sie sagt, „zu tröpfeln“ anfängt. Das eine Mal habe sich auch ein Kater, der zur Nachtzeit auf den Dächern herumschweifte, in die Stube verirrt. Doch sei er schließlich wieder entpuppt, als er ein knurrendes Bettgeräusch gemacht wurde. Am Tage kommen manchmal auch Schwaben und Sperlinge zu Besuch. Die Frau macht zu alledem gute Miene, weil es sich nur noch um wenige Tage handeln kann, bis sie wieder „ein Dach über dem Kopfe“ hat. Dieser wenig idyllische Zustand währt nun schon acht Tage. Die Stube ist nach der Straßenseite zu auch abgesteckt worden, jedoch liegt eine Einfahrt gefahr nicht vor. Bei einer Nachbarin, einer Zigarettenarbeiterin, liegen die Dinge genau so. Bei ihr soll während des letzten großen Regens die Stube fast überschwemmt gewesen sein.

Weiterversicherung nach der Verheiratung.

Nach dem Angestelltenversicherungs-gesetz haben weibliche Angestellte, die infolge ihrer Verheiratung aus der Versicherungs-pflicht ausscheiden und die Verheiratung erfüllt haben, das Recht, sich die Fülle der seit dem 1. Januar 1924 persönlich gezahlten Beiträge erstatten zu lassen. Der Wert der Anwartschaft, auf die die Versicherte durch die Abfindungssumme verzichtet, ist jedoch wesentlich größer als der Wert der Abfindungssumme. Denn die Versicherte kann auch als Ehefrau sehr wohl in die Lage kommen, die Angestelltenversicherung in Anspruch zu nehmen, z. B. bei der Notwendigkeit eines Heilverfahrens. Es ist daher dringend zu empfehlen, sich nicht durch die Aussicht, im Augenblicke einen gewissen Betrag in die Hände zu bekommen, verleiten zu lassen, wertvollere Rechte aufzugeben.

Erste Hilfe bei Unfällen durch elektrischen Strom.

In erster Linie sind die Rettungen, soweit dies möglich ist, spannungslos zu machen durch Unterbrechung an Schaltern, Sicherungen oder auch durch Zerreißen mit einem trockenen, nichtmetallischen Gegenstand, etwa einem Stöck oder einem Seil. Dabei soll sich die hilfeleistende Person auf ein trockenes Brett stellen oder Gummihandschuhe überziehen. Der Verunglückte ist nicht an unbesetzten Körperstellen, sondern an den Gliedern anzufassen, wenn eine Stromlosmachung nicht gelingt. Die gleichen Vorkehrungen sind auch bei relativ niedrig gespannten Strömen notwendig, denn selbst 110 Volt können unter Umständen, beispielsweise wenn der Verunglückte in Wasser steht, zum Tode führen. Schließlich sollte in Werkstätten und an Arbeitsstellen immer wieder auf die Gefahr, im Falle des elektrischen Stromes inangewandten werden, um sich und andere durch Unachtsamkeit oder Versehen in Gefahr zu bringen.









**Es liegt am Tabak!**

*Warum rufen wir Ihnen mit  
solcher Eindringlichkeit zu:*

**Es liegt bei uns am Tabak!**

*Weil Sie es wissen müssen und  
weil uns diese Tatsache allein  
das Recht gibt. zu sagen :*

*„**Salpaus Mokka**“ ist die  
besonders gute und besonders  
preiswerte 5 Pfg. Cigarette.*

**Salpaus  
Mokka**

die besonders gute, daher besonders preiswerte 5 Pfg. Cigarette







Die Vermählung der Blumen.

Mittagsraum auf einer Wiese. Von Armin L. Wegner.

Auf einer Höhe über dem Dorf liegt die Wiese am Abhang des Hügel. Weich schmiegt sie sich an den Fuß des Waldes...

Ich schreite durch das hohe Gras, sojke Blattspitze und ganze zielen nach meinen Füßen. Ruchgras und Wiesenfuchswanz...

Ich stehe auf und knie zwischen den Blumen nieder. Ihre Blüten sammelnd, finde ich ihre entschundenen Namen wieder...

Aus ihrer Mitte hebt sich ein verlorenener Getreidehalm, über vierzig Pflanzenstücker steigt er auf zu schwindelnder Höhe...

Rote, gelbe, weiße und blaue Blütenblätter mischen ihre Färbung zu einem rauschenden Orchester. Welche Künstler der Farbe sie sind...

Immer dichter rückt der Wald an die Wiese heran. Die Leiber seiner Bäume sind voll Neugier nach vorn gebeugt...

Die heiße Luft der Mittagsonne flimmert in Wellen über den Wiesen. Schwirrend erklingen die Flügel der zahllosen Fliegen...

Die Magdeburger Theaterausstellung.

Aus Magdeburg wird uns geschrieben:

Die schon vom vorigen Jahre auf dieses Jahr verschobene Magdeburger Theaterausstellung ist auch bis zu ihrer am 14. Mai erfolgten offiziellen Eröffnung noch immer nicht ganz fertig geworden...

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die große Berliner Bühne mit einem für 180 Personen eingerichteten Zuschauerraum...

voll duftenden Krüge. Es sind auch Böse unter ihnen, garstige, heimtückische Hexen und Mörder. Die gläsernen Haare der Brenneifel sind mit ätzender Ameisensäure gefüllt...

Die Luft singt, die Erde lauscht, das Gras surrt, während im glühenden Sonnenlicht die Blumen das heilige Fest ihrer Vermählung feiern...

Plötzlich weht mich ein kühler Windstoß. Mit zerstoßenen Gliedern und betäubt von Blütenesschleim taumle ich auf. Wie lange habe ich geschlafen?

Eine Gewitterwolke schiebt ihren finsternen Küssel über den Himmel und frißt alles Licht. Ein Windstoß brüllt. Ich suche tastend den Hut, um nach Hause zu eilen.

Arbeiter und rationalisierte Industriearbeit.

Von Dr. Heinrich Brieger, Marburg a. L.

Wir leben trotz der Ueberwertung irrationaler Gesinnung im Zeitalter der Rationalisierung, und die Rationalisierungsbestrebungen machen auch vor der persönlichen Tätigkeit des Menschen nicht halt...

Zu diesen gehört, so wenig wirtschaftlich auch zunächst der Gesichtspunkt erscheint, die Beeinflussung der menschlichen Arbeitskraft und der Verbrauchs- oder Genüßfähigkeit.

Gerade in diesen Punkten werden, ähnlich wie zu Taylors Zeiten, die schwersten Vorwürfe gegen bisher angewandte Rationalisierungsmaßnahmen erhoben.

die die historische Entwicklung des Theaters an einer Reihe von Bildern, Modellen, Figuren, Kostümen, Manuskripten und sonstigem Material aus Archiven, Museen und anderen Sammlungen charakteristisch, wenn auch keineswegs lückenlos, schildert.

Mit einem großen Sprunge sind wir dann bereits im Zeitalter unserer Klaffter. Hier erscheint als besondere Sehenswürdigkeit eine Originalrekonstruktion von der Mannheimer Uraufführung von Shakespeares "Auerbach".

Den interessantesten und aktuellsten Teil der ganzen Ausstellung bildet die glücklichweise sehr reichlich besetzte Darstellung moderner Inszenierungen und Bühnenbildnerischer Leistungen an mehr oder weniger führenden, aber auch kleineren Theatern.

bannen. Denn nicht die Wissenschaften vom Menschen, Psychologie und Anthropologie, entscheiden, sondern die Machtverteilung in Wirtschaft und Politik. Je mehr sich aber in den Kreisen der Wirtschaft die Erkenntnis durchsetzt, daß die mittelbaren wirtschaftlichen Wirkungen, die als einziger genannt werden können, nicht mindere Bedeutung haben als die unmittelbaren, desto klarer werden die Bestrebungen zur gesundheitslichen Gestaltung und Besserung der Arbeit auch als wirtschaftliche Bestrebungen erkannt werden.

In diese Verbundenheit wirtschafts- und gesundheitspolitischer Gedankengänge müssen auch die kulturpolitischen einbezogen werden. In den vorindustriellen Zeiten entwich die "Kultur" des Arbeiters seiner persönlichen Arbeit.

Die individuelle Arbeit selbst ist also keineswegs mehr Lebensinhalt, Kulturquelle. Aber das Arbeiten an sich? Diese heute auch in Deutschland beliebte Ideologie - Geist der "cooperation" Fords - wurzelt wie der ganze Rationalisierungs-gedanke im anglo-amerikanischen Puritanismus, also in einer Gesinnung der Arbeiten und Arbeiten ohne Verschwendung religiöse Verpflichtung bedeuten.

Die großen wirtschaftlichen, gesundheitlichen und kulturellen Ziele können also bei weitaus größerer und wirklich vernünftiger Rationalisierung auf den gleichen Wegen erreicht werden.

Die Schärfe des Insektenauges.

Sicherlich hat das Auge, jenes Wunderwerk unserer Mutter Natur, bei Menschen die höchste Vollkommenheit eines Sinnesorgans erreicht. Damit soll aber bei weitem nicht gesagt sein, daß andere Lebewesen für ihr Dasein besser ausgerüstet wären, wenn sie Augen, ähnlich denen des Menschen hätten.

Bisher sechs mißglückte Ozeanüberquerungen mit dem Flugzeug.

Noch mehr als die breite Öffentlichkeit beschäftigt das ungewisse Schicksal der beiden französischen Luftkrieger Kungesser und Coli den engeren Kreis der Luftfahrt-Sachverständigen und Meteorologen, die das ganze Unternehmen mehr unter dem Gesichtspunkte betrachten, welche Erfahrungen sich daraus für den Luftverkehr schöpfen lassen.

ist auch das Theater Tatroffs von Moskau vertreten, dessen bahnbrechende Bedeutung heute ja allgemein anerkannt ist. Ergänzt wird dieses Gebiet durch Arbeiten der Staatlichen Kunstinstitutien in Düsseldorf und Dresden, des "Bauhauses" in Dessau usw.

In diese rein künstlerische Abteilung schließt sich die kulturelle und soziale, in der wir Einblicke in das mannigfaltige Wirken des Bühnenvereins, der Bühnengemeinschaft, der Volksbühnenorganisation und sonstiger Theaterbesucherverbände, der Laien- und Theatervereinigungen, der Wanderschauspieler, des Deutschen Musiker-Verbandes, des deutschen Theaters im Auslande, des Marionettentheaters usw. erhalten.

Natürlich ist das Ausstellungsgelände auch die unermessliche Attraktion eines Vergnügungsparkes auf. Das Verdienst, diese Ausstellung aus einem der wichtigsten Kultur- und Bildungsgebiete unserer Zeit ins Leben zu rufen zu haben, darf natürlich nicht unterschätzt werden.



# Sozialistische Literatur-Rundschau

## Zum Problem der Geburtenregelung.

Margaret Sanger. Die neue Mutterchaft. Geburtenregelung als Kulturproblem. (Aus dem Englischen übertragen und bearbeitet von Regine Deusch. Mit einer Einleitung von Adele Schreiber.) Sphären-Verlag, Dresden 1927 (206 S.).

Das Buch kommt gerade im rechten Augenblick in deutscher Uebersetzung heraus, um im Kampf der Meinungen über die notwendigen Maßnahmen der Bevölkerungspolitik in Deutschland eine Rolle zu spielen. Es kann beansprucht werden, dass es das Wort einer Frau, die dem Kampf um das Recht auf freiwillige Mutterchaft ihr Leben widmete und um seine Wurzeln in den Vereinigten Staaten Verfolgung und Gefängnis erduldet. Und es scheint geeignet, ein vollständiges Buch zu werden, da es das komplizierte Problem der Geburtenregelung von der Interessenlage und vom Verständnis der Frau des Volkes aus sieht (die auch in zahlreichen Beispielen erschütternder Briefe an die Verfasserin selbst zu Wort kommt) und ein großes instruktives Lektürematerial bietet, ohne doch durch Statistiken beschwert zu sein.

Die Verfasserin geht von der Beobachtung aus, daß die Frau trotz weitgehender politischer Gleichheit und gewisser sozialer, ja selbst juristischer Rechte doch keineswegs ihre Ein- und Unterordnung in die vom Manne beherrschte Gesellschaft durch politische Leistungen überwunden habe, und führt diese Beobachtung auf die biologische erzwungene Verwurzelung der Frau im Boden und auf die geistliche Mutterchaft zurück. Sie weist die Auffassung (der bürgerlichen Wissenschaft) zurück, daß der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte im wesentlichen aus wirtschaftlichen Erwägungen zu erklären sei, vielmehr handele es sich dabei um eine Auswirkung des weiblichen Geistes im Sinne wahrer Mütterlichkeit, die sich gegen die Erniedrigung zur willenlosen „Gebärmärschine“ auflehne und gegen eine Bestrafung dort, wo sie gemäß ihrem mütterlichen Verantwortungsgesühl handele (S. 218). Sie gibt erschütternde Zahlen über Erblichkeit von Tuberkulose, Geschlechtsleiden, Schwachsinn und Alkoholvergiftung im Zusammenhang mit Kriminalität und Prostitution. Sie wirft Streiflichter auf die Qualen im Leben des ungewollten Kindes armer, von wirtschaftlicher Not geheimer Eltern — Streiflichter auf Situationen von erschütternder Alltäglichkeit, in denen in der Tat Mutterchaft ein Unglück und Kindheit eine Tragödie ist. Die Möglichkeit der freiwilligen Mutterchaft bedeutet darüber hinaus für die Mehrzahl der Frauen erst die Möglichkeit, Zeit für eigene Interessen zu haben, dem Manne verständnisvolle Gefährtin zu sein und ihre Liebesnatur unabhängig von ihrer Mütterlichkeit zu entwickeln; es bedeutet für sie die Möglichkeit, sich den Aufgaben der sozialen Gemeinschaft zu widmen und sie durch Schaffung eigener Werte auf sozialem, geistigem, künstlerischem Gebiet unmittelbar zu bereichern — kurz die Möglichkeit, ihr eigenes Menschentum bewußt zu gestalten.

Margaret Sanger geht noch weiter und erwartet von der Befähigung der Geburtenzahl eine Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Sinne höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit und besserer Aufstiegsmöglichkeiten für den Arbeiter, Lösung der Wohnungsnot und schließlich der allermeisten sozialen Schäden überhaupt: hier spricht sie als Vertreterin der neomalthusianischen Theorien, die die Lasten des Klassenkampfes überleben und mit dem Allheilmittel der Geburtenbeschränkung die Welt erlösen zu können glauben. In dieser Stelle braucht nicht betont zu werden, ein wie fundamentaler Irrtum hier in der Einschätzung der machtpolitischen Kräfte vorliegt, und daß Sozialismus sich nicht in Bevölkerungs- und vitalistische Kriege nicht aus der Welt geschafft werden, wenn die Neomalthusianer heime Wälder eine Resolution einbringen mit der Forderung, in allen dem Völkerverbunde angegeschlossenen Nationen Geburtenbeschränkung zuzulassen, damit kein Volk nötig habe über seine Grenzen hinaus Land für die wachsende Volkszahl zu erwerben. Aber das Prinzip der freiwilligen Mutterchaft ist von Millionen Frauen so tief als Schutzhaltung der lebenden Kreatur befaßt, und die Methode der Bevölkerung ist so viel menschlicher und zweckmäßiger als die bisherigen Methoden (künstlicher Abortus, Kindersterbung und -Aussetzung) daß das Problem dem Felde der theoretischen Diskussion längst entzogen und schon „Bewegung“ ist: das Buch mag dazu beitragen, daß Deutschlands Frauen sich intensiv mit ihr auseinandersetzen.

Dr. Lotte Keißler-Schroeter

## Pädagogische Literatur.

Dr. S. Kawerau, Denkschrift über die Geschichts- und Lebensbücher, vor allem seit 1923. Verlag Henkel & Co., Berlin 1927.

Eine der schwersten Hindernisse für die in der Reichsverfassung geforderte Erziehung im Geiste der Völkerverständigung sind die im alten Geist des Chauvinismus geschriebenen Geschichts- und Lebensbücher. Da in diesem Punkt in den Entente-lagern ebenso gefürchtet worden ist, wie in Deutschland, so war es für beide Teile ein leichtes, aber auch wenig sinnvolles Unternehmen, nachzuweisen, wie schwer der andere sich verstandigt hatte. Umgekehrt wird die Sache richtig: überlassen wir den Friedensfreunden in den Ententeländern die Kritik ihrer Schulbücher — unsere französischen Lehrerkollegen zum Beispiel haben hier schon tüchtige Arbeit geleistet — und kehren wir vor unserer Türe, wo noch so manches herumsteht. Kaweraus Buch hat diese Arbeit in abschließender Form und gefüllt auf amtliches Material geleistet. In einer Reihe von Kapiteln wird hier zunächst die Stellungnahme der Geschichtsbücher zu den wichtigsten politischen Fragen — europäische Politik seit 1870 (Bismarck und Wilhelm II.), Elia-Bohringen, Allgemeine Kriegsgeschichten, Kriegsschuld, Friedensmöglichkeiten, Dolchstoß und was hier im Osten besonders interessiert, zur politischen Frage — behandelt. Der zweite Teil gibt dann eine Zusammenfassung der deutschen Geschichts- und Lebensbücher für mittlere und höhere Schulen, zu jedem Werk eine kurze Charakteristik. Ferner enthält er eine Bibliographie geschichtlicher Werke, die ein wertvolles Hilfsmittel darstellt für alle diejenigen Lehrer, die sich von der Beeinflussung durch die einseitig orientierten Geschichtswerke freimachen wollen.

Dr. Gangermüller.

Selma von Brandt: Die Prügelstrafe. Dresden 1928. Verlag: Im neuen Herd. VII und 200 Seiten. Seit dem durch Ellen Key eingeleiteten Wiederaufleben einer an Rousseau anschließenden Strömung der pädagogischen Reformbewegung anderer Zeit, hat es in der pädagogischen Literatur nicht an Stimmen gefehlt, die sich mit mehr oder minder großer Entschiedenheit gegen die Berechtigung der Prügelstrafe ausgesprochen haben. Aber während die Gegner der Prügelstrafe bisher zumeist nicht in sehr aus logischen Erwägungen, als vielmehr aus dem lebendigen Gefühl für die unerbürdliche Schandheit der Jugend ihre heftige Kritik schöpften und sich eben dadurch oftmals dem nicht nötig notwendigen Vorwurf der mangelhaften Begründung ihrer an sich lebenswichtigen Standpunkte aussetzten, zeichnet sich das vorliegende Buch dadurch aus, daß es zum ersten Male dem Zusammenhang zwischen der monomorphologischen Struktur einer kulturellen Epoche und der Anwendung der Prügelstrafe in bestimmter Weise nachgeht. In zahlreichen, nicht aus den Quellen, aber aus zuverlässigen ethnologischen und pädagogischen Quellen überlieferten Beispielen, weist der Verfasser nach, daß primitive nomadische Völker die Prügelstrafe nicht kennen,

sondern daß bei ihnen die Jugend zwanglos in den Geschlechtsverband der älteren Generation hineinwächst; erst mit der Differenzierung der Gesellschaft in eine herrschende und in eine beherrschte Klasse, kommt die Prügelstrafe als Mittel der Oberhoheit zwecks Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Vormachtstellung auf und erreicht im mittelalterlichen Feudalismus ihre weitestehende Verbreitung, während ihre Anwendung im Bürgertum, das zunächst die Prügelstrafe gegen Erwachsene abgeschafft habe, in langsamem, aber stetigem Rückgang begriffen sei. Im zweiten Teil seines Werkes schildert der Verfasser auf Grund reichlich ausgewählter Beispiele die Wirksamkeit der Prügelstrafe durch eine Rundfrage zu veranschaulichen, die seitlichen Wirkungen der Prügelstrafe. Im Anschluß an Alfred Adler weist er insbesondere darauf hin, daß die Prügelstrafe die Ausbildung eines Minderwertigkeitskomplexes in der kindlichen Psyche begünstigt und dadurch das Proletariat zur Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgabe untauglich zu machen drohe, und richtet an alle Pädagogen die Mahnung, ihre Kinder ohne körperliche Züchtigung zu erziehen. Das in volkstümlicher Sprache abgefaßte Buch sollte von allen proletarischen Eltern gelesen und seine Aufforderung allenthalben beherzigt werden.

A. H.

## Genossenschaftsliteratur.

Sidney und Beatrice Webb. Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten. 213 S., und „Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft“, 101 S., Dr. Reinhold Weber, Konsumgenossenschaften und Klassenkampf, 198 S., sämtlich Verlag S. Meyers-Haberstadt. Jahrbuch des Zentral-Verbandes deutscher Konsumvereine 1926, Bd. II, 893 S.

Das Werk des Schriftsteller-Paars Sidney und Beatrice Webb über „The consumers cooperative movement“ ist jetzt in deutscher Ausgabe in der Reihe „Soziale Organisationen der Gegenwart“ erschienen.

Professor Dr. Julius Hirsch weist in seinem Vorwort zu dem ersten Teile des Webbschen Buches auf die große Gefahr hin, die den Genossenschaften der Verbraucher durch das Aufkommen der sogenannten Massenfabrikbetriebe erwachsen ist. Die Webbs untersuchen in teilweise sehr ins Einzelne gehenden Darlegungen Organisation und Struktur der englischen Konsumvereine und kommen bei Betrachtung ihrer Zukunftsmöglichkeiten zu einem Ergebnis, das durch das für England noch günstige Wirtschaftsergebnis der Konsumvereine vom Jahre 1920 einfließt zu sein scheint. Die Wirtschaftskrise der nachfolgenden Jahre hat einen Umschwung in fast ein Viertel bewirkt. Bei aller Anerkennung der Erfolge wird noch eine scharfe Kritik an Mängeln und Auswüchsen, die übrigens nicht nur der englischen Genossenschaftsbewegung zu eigen sind, geübt.

Die Webbs glauben an eine Umwandlung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Der Weg der Sozialisierung erscheint ihnen durch die Selbsthilfebestrebungen des Proletariats in den Genossenschaften, den Gewerkschaften und auch den Kommunen vorgezeichnet. Sie vergessen, daß das Proletariat nicht Zeit hat zu warten, bis die Gemeinwirtschaft aus dem Kapitalismus herauswächst, es wird alle Maßnahmen, die geeignet erscheinen, zur Umformung der heutigen Wirtschaftsordnung anzuwenden. Die Webbs sehen im ersten Teil ihrer Untersuchungen durchaus die Grenzen, die dem Genossenschaftssozialismus im Kapitalismus gesetzt sind, um so mehr verwundert ihre Hoffnungsfreudigkeit, die in späteren Kapiteln zum Durchbruch kommt. Für ihren Optimismus spricht allerdings die bisherige Entwicklung der englischen Konsumvereine. 4 1/2 Millionen Verbraucher, das heißt drei Siebtel der großbritannischen Bevölkerung, beden fast die Hälfte ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln und ein Zehntel ihrer übrigen Lebensbedürfnisse durch die Konsumvereine. Diese Genossenschaften besitzen ein Kapital von 2 Milliarden Mark, erzielen bei einem Umsatz von fast 4 Milliarden Mark einen Ueberschuß von 400 Millionen Mark, der an die Mitglieder, soweit er nicht zur Schaffung neuer Produktionsanlagen verwandt wird, zur Auszahlung gelangt. 185 000 Menschen stehen heute in ihrem Dienst!

Das Buch von Dr. Reinhold Weber über „Konsumgenossenschaften und Klassenkampf“ fällt eine schon oft schmerzlich empfundene Lücke in der Genossenschaftsliteratur aus. Prof. Dr. Ferdinand Tönnies hat das Wort geschrieben: ob sein Appell an die „Partei des Reichtums“, zur Humanisierung des Klassenkampfes beizutragen, gehört und befolgt werden wird?

Mit erfreulicher Ehrlichkeit nimmt Dr. Weber zunächst eine wissenschaftliche Klärung des in Genossenschaftskreisen viel umstrittenen Begriffs der „Neutralität“ vor, untersucht dann das Wesen der Konsumvereine und zeigt die allen Richtungen der Konsumgenossenschaftsbewegung wesentlichen antikapitalistischen Tendenzen auf. Der Nachweis, daß der Begriff der Neutralität in keinem umfassenden Sinn nicht auf die Konsumvereine angewandt werden kann, ist gelungen. Sie sind Organe des wirtschaftlichen Klassenkampfes, sie können aber eine bedingte Neutralität in rein parteipolitischen oder konfessionellen Fragen wahren.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine alljährlich herausgegebenen Jahrbücher sollten nicht nur in Bibliotheken verwahrt werden, sondern ihren wissenschaftlichen Wert dadurch zu bezeugen! Auch das Jahrbuch 1926, dessen umfangreicherer zweiter Band jetzt vorliegt, weist neben einer Fülle von statistischen Materialien, Anregungen für den Praktiker und für jeden Genossenschaftsfreund wertvolle Aufklärungen auf. Auf insgesamt über 1500 Seiten wird Bericht über die Bewegung gegeben und ihr Fortschritt festgestellt. Erstlich ist, daß in Deutschland die genossenschaftliche Theorie auf den einzelnen Verbraucher bezogen und dem Marxismus Eingang verleiht. Mit keinem anderen Mittel wird die Eingliederung des Genossenschaftsgedankens nun auch im Klassenbewußtsein des Proletariats vollzogen.

Bernd Hoffmann.

## Buchbesprechungen.

Siegfried Weinberg, Der Alkohol vor dem Strafgericht. Verlag des Deutschen Arbeiter-Abkämpfers-Bundes, Berlin 60, 16, Engelplatz 29. Preis 30 Pf.

Weinberg hat der Laie nicht die geringste Vorstellung davon, wie ungeheuer groß die Schand des Alkohols an dem Ansehen der Menschheit ist. Deshalb ist es zu begrüßen, daß Rechtsanwältin Weinberg durch seine Schrift die Zusammenhänge zwischen Alkoholismus und Kriminalität aufgezeigt hat. Weinberg beginnt mit den Rechtswirkungen, in denen Alkohol und Kapitalismus einander helfen und beschützt sich alsdann mit der Berechtigung der durch den Alkohol hervorgerufenen Eigenschaften, die Kinder leicht auf die Verbrechenslaufbahn führen können. Die Schätzungen der Fachleute weisen Prozentzahlen bis 75 Prozent auf, bei denen die Eltern der Verbrecher Alkoholiker waren. Zwischen 50 und 90 Prozent dagegen schwanken die Schätzungen der Fachleute über die Fälle, in denen der Alkoholismus des Verbrechers selbst die Ursache der Verbrechenslaufbahn geführt hat. Ganz interessant sind auch die in Weinbergs Schrift gezeigten Zusammenhänge zwischen Verbrechen und Sozialismus. Die Frage nun, welche Strafen der Alkohol verurteilt, wird daher beantwortet, daß es in erster Linie die Rogelstrafe, die Leibesstrafe, die Deportation, die

Nicht gegen Leib und Leben der Mitmenschen richten, sind. Nicht so hoch ist der Prozentsatz bei Nord. Was sich daraus erklärt, daß nach geltendem Strafrecht bei der Definition des Mordes nicht nur das Vorhandensein eines Tätervorlages erforderlich wird, sondern außerdem, daß die Tat mit Ueberlegung ausgeführt sei. Immerhin zeigt der festgestellte Prozentsatz von 43,1 bis 39,9 Prozent eine erschreckende Höhe. Noch höher ist der Prozentsatz bei dem ohne Ueberlegung ausgeführten Totschlag. Nach der Statistik Baers sind unter den Totschlägern 63,2 Trinker. Am höchsten jedoch ist sie bei der hohen Körperverletzung, bei der sich Prozentzahl bis zu 90,3 finden. Es bedarf eigentlich nicht der besonderen Hervorhebung, daß auch die Sittlichkeitsverbrechen hohe Alkoholkonsumprozentage (60,2 bis 77 Prozent) aufweisen. Auch die Straftat der Widerstand gegen die Staatsgewalt, die oft in Tateinheit mit Körperverletzung begangen wird, ist ein bei Alkoholkonsum häufig vorkommendes Delikt. Nicht uninteressant sind dann die Erörterungen über die Frage, wann und wo die Alkoholbelüftung begangen werden. Diefen schließt sich ein Kapitel mit der Ueberschrift „Weniger Alkohol — weniger Verbrechen“ an, worauf sich Weinberg mit dem gegenwärtigen Strafrecht und dem Alkohol beschäftigt. Gerade diese Ausführungen werden bei vielen Lesern das meiste Interesse hervorrufen. Die Schrift Weinbergs schließt dann mit Ausführungen über Alkoholismus und Strafrecht ab. Er beweist, daß die bisher vorgelegenen Bestimmungen entweder unzulänglich sind oder sich im wesentlichen gegen die arbeitende Bevölkerung richten. Einzelheiten mögen dem Studium der durchaus empfehlenswerten Schrift überlassen bleiben.

Dr. Schöck-Breslau.

Dr. S. Freudiger: „Das soziale Existenzminimum in ländlichen Bezirken der Schweiz und in der Stadt Bern.“ Burgdorf 1926. Verlag: Buchdruckerei zum Gutenberg, 62 Seiten.

Belehrend an dieser Arbeit ist nicht so sehr die literarisch-geschichtliche Einleitung und die Erörterungen über die Bedeutung der Feststellung des „Existenzminimums“, in denen der Verfasser wenig originell ist, wie vielmehr die ausführliche Darstellung der Methoden, die er zur Ermittlung seiner Zahlen angewendet hat. Freudiger hat sich nicht etwa darauf beschränkt, diejenigen Zahlen, die ihm aus amtlichen Publikationen oder Marktberichten bekannt waren, zusammenzustellen und auf Grund irgendwelcher Erwägungen über die zur Ernährung notwendige Kalorienzahl aufzulisten, sondern er hat seine Untersuchungen so aufgebaut, daß sie der wirklichen Lebensweise möglichst nahe kommen. Bei den Berechnungen a. B. über das soziale Existenzminimum eines Ledigen hat er umfassende Erhebungen über die Preise möblierter Zimmer, Pensionspreise für die Maßzeiten, die Steuern, Versicherungsbeiträge usw. in der ganzen Schweiz vorgenommen, hat dann den Bekleidungs- und Kulturbedarf nach wirklichen Haushaltsrechnungen ermittelt und selbst einen Sparbetrag zur allmählichen Ansammlung der Kosten einer Aussteuer nicht vergessen. Ebenso hat er sich bei den Berechnungen des sozialen Existenzminimums einer Familie möglichst eng an die Haushaltsrechnungen gehalten — die ihm überhaupt stets zur Kontrolle seiner Ergebnisse dienen — und hat a. B. den Ernährungsbedarf der Familie so berechnet, daß er die wirklichen Nahrungsausgaben aus den Rechnungsbüchern ausgezogen hat, wobei natürlich jeweils die Kinderzahl der Familie berücksichtigt wurde. So anschaulich in vieler Beziehung die bisherigen Berechnungen über das Existenzminimum sein müßten, so wird man doch gerade auf Grund der Schrift Freudigers sagen dürfen, daß bei der Anwendung wirklich sorgfältiger Methoden sich wertvolle Ergebnisse erzielen lassen, die natürlich unbedingte Gültigkeit nur gerade für den Kreis der beobachteten Personen besitzen, darüber hinaus aber mit vorfichtiger Verallgemeinerung als typisch angeprochen werden dürfen.

S. N.

## Juristische Literatur.

I. Arbeitsrecht: Das Arbeitsgerichtsgesetz hat bereits eine Reihe von Kommentaren und Texten zur Folge gehabt. Von ihnen ist die Textausgabe von Klees nebst Einleitung (Worzel, Leipzig 1927), die kleinste. Die Einleitung stellt auf einigen Seiten die Geschichte der arbeitsrechtlichen Sondergerichtsbarkeit dar. Von den Anmerkungen, die nach dem Titelblatt im Buche enthalten sein sollen, ist nicht viel zu merken. Es wäre erwünscht, bei der zweiten Auflage die wichtigsten Fragen ganz kurz zu erörtern. Viel eingehender ist die Einführung zu der Textausgabe von Depene (de Gruyter, Berlin 1927). Hier wird aus der amtlichen Begründung des Entwurfs die Geschichte der Arbeitsgerichtsbarkeit abgedruckt. Dann gibt der Verfasser eine eingehende Darstellung des Gesetzesinhalts. Ihr schließt sich eine Textausgabe an, die deswegen besonders für den Handgebrauch zu empfehlen ist, weil an den entsprechenden Gesetzesstellen die einschlägigen Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Zivilprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Gewerbeordnung eingeschaltet sind. Sehr gut ist der Kommentar von Baumhach (Viehmann, Berlin 1927). Der Verfasser, der bereits durch seine Erläuterung der Zivilprozessordnung bekannt ist, hat es verstanden, auf über 250 Seiten alle wichtigen Zweifelsfragen wirklich zu erörtern. Er hat das zwar im Telegrammstil getan, aber in so sorgfältiger Weise und unter Beachtung eines erheblichen Teiles der Rechtsprechung, daß dieses Buch allen Interessenten eindringlich empfohlen werden kann. Wer einen Referat über das Arbeitsrecht im engeren Sinne, also ohne Sozialversicherung, Lohnsteuer usw., erhalten will, der sei nachdrücklich auf den arbeitsrechtlichen Grundriss von Schaeffer-Scheerbarth (Hirschfeld, Leipzig 1927) hingewiesen. Das Buch ist, eng an das klassische Lehrbuch sich anschließend, derartig vorzüglich systematisch aufgebaut, daß man ohne große Schwierigkeiten eine Uebersicht über das große Rechtsgebiet gewinnt. Hin und wieder sind auch Streitfragen erörtert. Diese Erörterung auf Grund der Rechtsprechung und Literatur sollte in der zweiten Auflage, die sicher bald nötig werden wird, erweitert werden. Sie würde das Buch zum besten arbeitsrechtlichen Grundriss machen. Aber auch im jetzigen Zustande ist es sehr lobenswert.

II. Wirtschaftsrecht. Der Verlag für Wirtschaft und Recht, Stuttgart bringt zu seinem hier bereits besprochenen Rechtschaffenbuch für Steuerpflichtige einen mit dem 15. Januar 1927 abschließenden Zahlenanhang heraus. Ohne dabei die Anschaffung einer neuen Buchausgabe notwendig wird, werben so die Käufer des Buches in die Lage gebracht, den neuesten Rechtszustand kennen zu lernen. Die Ergänzungen sind sorgfältig unter Benützung der Entscheidungen des Reichsfinanzhofs und der Erlasse vorgenommen worden. Der bewährte Steuerfächer von Model ist (Wahlen, Berlin 1927) wieder erschienen. Er enthält in seiner neuen Fassung einen Uebersicht über das Reichssteuerrecht mit Ausnahme der Verbrauchssteuern nach dem Stande vom Februar 1927. Da er recht leichtverständlich geschrieben ist, kann er nicht bloß für Juristen sondern auch für Laien als ein gutes Unterrichtsmittel auf dem angegebenen Rechtsgebiet bezeichnet werden. Nicht nur dieses Gebiet, sondern auch die Verbrauchssteuern und die preussische Steuererhebung werden in dem neu erschienenen Grundriss von Schaeffer und Brecht (Hirschfeld, Leipzig 1927) behandelt. Was oben über den guten Aufbau des in gleichen Verlage erschienenen arbeitsrechtlichen Wertes gesagt wurde, gilt in demselben Maße von diesem Buch. Fülle des Stoffes, Knappheit der Ausdrucksweise, pädagogische Geschicklichkeit der Verfasser machen es zu einem sehr erwünschten Lehrbuch.

Dr. S.



# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Tagung des Zentralverbandes der Angestellten.

Akt. 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband der Angestellten des Zentralverbandes der Angestellten bereitet dem scheidenden Vorstandmitglied Giebel am Montagabend nach Abschluß der sachlichen Beratungen eine Ovation, in der die ganze Verehrung für diesen alten Gewerkschaftler zum Ausdruck kam. Im Auftrage des Verbandstages überreichte der Vorstand seinem scheidenden Mitglied ein Angebinde, für das Giebel in sehr bewegten Worten dankte. Giebel wies darauf hin, daß ihm der Abschied aus einer Tätigkeit, die er nun 25 Jahre lang ausgeübt habe, sehr schwer falle. Es werde aber, so hoffe er, kein Abschied fürs Leben sein, sondern auch in Zukunft werde er immer treu zur Organisation stehen. Der Verbandstag nahm die Abschiedsworte Giebels mit größtem Beifall auf.

Am Dienstag vormittag traten die Delegierten in die Verhandlung über die geplante Zentralisation der Organisation ein. Die Meinung der Delegierten zu den Vorschlägen der Sachungskommission war nicht einheitlich. Von einzelnen Rednern wird die Befürchtung laut, daß die Erweiterung der Machtbefugnisse des Vorstandes die demokratischen Rechte der Mitglieder zu stark beschränke. Gegen diese Auffassung wird von anderer Seite erklärt, daß die neue Zeit auch in der Gewerkschaftsbewegung neue Mittel verlangt. Die Vorschläge, die die Sachungskommission gemacht hat, bewegen sich durchaus in dieser Richtung. In der Abstimmung wird schließlich, nachdem der Vorstand nochmals durch Urban erklärt, daß er unbedingt die vorgeschlagenen Änderungen als im Interesse der Organisation für geboten erachte, gegen 20 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen den Vorschlägen der Sachungskommission zugestimmt.

In der Schlußsitzung am Dienstag nachmittag beschäftigte sich der Verbandstag in einer kurzen aber sehr sachlichen Generaldebatte mit weiteren Statutenänderungsfragen und vor allem mit dem Ausbau des Unterstützungswesens des Verbandes. Hierzu lagen eine Reihe Anträge des Zentralvorstandes vor, die für die Mitglieder so weitgehende Unterstützungseinrichtungen schaffen wollen, daß damit der Verband musterfähig und Vorbildlich für alle anderen Gewerkschaften Deutschlands wird. Es ist u. a. vorgeschlagen: eine Alterspension jedes 66-jährigen ordentlichen Mitgliedes in gleicher Höhe ohne Rücksicht auf die Beitragsklasse, beginnend mit 60 Mark monatlich bei 25-jähriger Mitgliedschaft bis zum Höchstbetrage von 80 Mark monatlich nach 45-jähriger Mitgliedschaft. Außerdem schlägt der Vorstand den Ausbau der Erwerbslosenunterstützung bis zu einer Zahlungsdauer über ein Jahr lang, weiter ein Sterbegeld bis zum Höchstbetrage von 350 Mark und eine Aussteuerbeihilfe für weibliche Mitglieder in Höhe von 50 bis 100 Mark vor. Sämtliche Anträge über das Unterstützungswesen werden nach kurzer Debatte vom Verbandstag mit großer Mehrheit angenommen. Ein organisatorisch wichtiger Antrag beschäftigt sich mit dem Beamtendelegrationsrecht in der Organisation. Hierzu wird beschlossen, daß in Zukunft Verbandsbeamte nicht mehr zu Verbandstagen, zum Beirat und zu den Gauvorständen delegiert werden können. Auch der Verbandsvorstand unterstützt diesen Antrag, der in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen wird.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand bringen eine Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder mit Ausnahme von Giebel, dessen Stellung nicht mehr besetzt wird. Der Vorstand des Verbandes besteht also in Zukunft aus: Urban, Bucher, Amann, Janner und den 6 Sekretären Brande, Haußherr, Nagon, Schröder und Budow. Der Beirat wird nach den Vorschlägen der Sachungskommission nach kurzer Debatte gewählt.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Mit einem kurzen Schlußwort, das in ein Hoch auf den Zentralverband der Angestellten ausmündet, schließt der Vorsitzende Urban die Tagung.

## „Jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige kann bald Arbeit finden.“

Der Reichsarbeitsminister hat die Dauer der Erwerbslosenfürsorge für die Arbeiter des Spinnstoffgewerbes, für Hausangestellte, Gärtnergehilfen und Angehörige des Verolefaktungsgewerbes von 39 auf 26 Wochen herabgesetzt. Damit ist den Arbeitern dieser Produktionszweige der Zugang zur Krisenfürsorge (für die Ausgesteuerten) verschlossen, weil die Vorbedingung einer 62wöchigen Unterstützungsdauer in der Erwerbslosenfürsorge nicht mehr erfüllt werden kann. Darüber hinaus will der Reichsarbeitsminister die bereits in Krisenfürsorge stehenden Arbeiter der oben erwähnten Erwerbsgruppen sowie ferner die Bauarbeiter aus dieser entfernen, und hat im Reichstag einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Auf Betreiben der Unternehmer hat sich das Arbeitsministerium vorzeitig und unter falschen Voraussetzungen zum Abbau der Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge entschlossen: es wurde angenommen, daß diese Arbeitslosen entweder Arbeit finden können, oder aber arbeitsunfähig sind. In letzterem Falle sollen sie dann statt von der Krisenfürsorge von der allgemeinen Wohlfahrtspflege unterstützt werden. Kann man aber etwa behaupten, daß z. B. im Spinnstoffgewerbe (Textilindustrie) für jeden arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeiter die Möglichkeit besteht, Beschäftigung zu finden? Den Unternehmern scheinen diese Maßnahmen jedoch noch gar nicht weit genug zu gehen: In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, dem Organ des Industrie- und Handelstages, der Spitzenorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammer, wird die Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung überhaupt auf jene Arbeitslosen, die weniger als 26 Wochen ohne Beschäftigung sind, sowie die Abschaffung der Krisenfürsorge gefordert. Bereits in naher Zukunft werden wir — ja meint das Organ der Handelskammer — zu den normalen Zuständen, wo jeder (!) arbeitswillige und arbeitsfähige Arbeiter Beschäftigung finden konnte, zurückkehren. Die übrigen sind Dauerarbeitslose, die „nicht mehr im vollen Besitz ihrer vollen Arbeitskraft sind, oder die sich vielleicht gar nicht ernsthaft bemühen, Arbeit zu finden.“ Diese Schichten können nach der „D. W. Z.“ für die Unterstützung unter dem Gesichtspunkt der Arbeitslosigkeit nicht mehr in Frage kommen. Die Arbeitslosenunterstützung sei eine nur „vorübergehend gebende Zuschüsse, die bei Besserung der Wirtschaftslage verschwinden soll.“

Eine unmenlichere und sachlich unrichtigere Stellungnahme kann man sich schwer vorstellen. Ähnliche Ziffern haben festgestellt, daß allein durch die Rationalisierung der Produktion mehr als eine Million Arbeitskräfte freigesetzt wurden. Sind es vielleicht diese Volksmassen, die nicht mehr „arbeitsfähig oder arbeitswillig“ sind? Die Unternehmer mögen glauben, daß die Wirtschaftskrise vorüber ist. Bedeutet aber die Rationalisierung nicht die Krise des Arbeitsmarktes? Wer kann annehmen, daß ein noch weitergehender Konjunkturausschlag diese ganze Menge von freigesetzten Arbeitskräften in kurzer Zeit aufzusaugen vermag? Soll den Opfern der Rationalisierung auch die tägliche Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge entzogen werden, will man sie dem völligen Elend preisgeben? Und was soll aus denjenigen unter den Arbeitslosen werden, deren Arbeitsfähigkeit als Folge des Krieges herabgemindert ist? Wohlfahrtspflege — das läßt sich leicht sagen — in Wirklichkeit muß man darin aber den Versuch erbliden, die Last der Erhaltung dieser Kriegsoption, die bis zum Beginn ihrer Arbeitslosigkeit im Erwerbsleben gestanden haben, loszuwerden — im Namen der „Volksgemeinschaft“!

### Die Nachprüfungen der Reichsarbeiterlöhne.

Die Notiz über Verhandlungen im Reichsfinanzministerium zum Zweck der Nachprüfung der Reichsarbeiterlöhne hat an einzelnen Orten vielfach zu falschen Schlusfolgerungen geführt. Es drehte sich bei diesen Verhandlungen nicht um eine allgemeine Lohnbewegung, sondern — wie aus dem Wortlaut der Notiz ohne weiteres hervorgeht — um die Nachprüfung einzelner Orte. Die in der Notiz angeführten Lohnerhöhungen von 1 bis 3 Pf. pro Stunde sind also zu der allgemeinen Lohnerhöhung von 4 Pf. ab 1. April hinzuzurechnen, so daß in Wirklichkeit die Lohnerhöhungen an den in der Notiz genannten 128 Orten 5—7, in einigen Fällen sogar 8 Pf. pro Stunde betragen.

Viele Lohnerhöhungen gelten nur für Reichsarbeiter. Für die Staatsarbeiter erfolgt die Lohnregelung nach einem anderen System.

Am kommenden Dienstag finden bei der Reichsbahnhauptverwaltung Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit in der Schichtzeit, vor allem für die Arbeiter der Güterhöfen und der Werkstätten der Bahnbetriebswerke statt. Diese Verhandlungen zur Regelung der Dienst-Dauervorschriften sind seinerzeit bei den Tarifverhandlungen von der Reichsbahn zugelagt worden.

### Schiedspruch im norddeutschen Wollkonzern.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streikbewegung im Norddeutschen Wollkonzern haben zu einem Schiedspruch geführt, der dahin geht, daß für die Betriebe Delmenhorst und die thüringischen Betriebe am nächsten Montag ein Schiedspruch zur Regelung der Löhne gefällt werden wird. Für die übrigen Betriebe soll es bei den bisherigen Tarifen, die für die in Frage kommenden Bezirke abgeschlossen sind, verbleiben. Der Streit geht, wie wir hören, zunächst noch weiter.

### Betriebsräte-Wahlergebnis bei der Reichsbahn.

Das Ergebnis der Wahlen im Direktionsbezirk brachte einen glänzenden Erfolg für die freigewerkschaftliche Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands.

Wahlberechtigt waren . . . . . 22 930  
Gültige Stimmen wurden abgegeben . . . 20 595  
Ungültige Stimmen wurden abgegeben . . . 278

Danon erhalten:

Einheitsverband	15 036 Stimmen
Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (G. d. E.)	2 394
Christlich-nationale Richtung	2 055
Allgemeiner Eisenbahner-Verband (A. E. V.)	2 42
Freiheitlich-national	2 055
Industrieverband (Richtung „Kühnwindel“)	2 42
Demnach entfallen Sitze des Bezirks-Betriebsrats	
an Einheitsverband	15 (14) Sitze
an G. d. E.	2 (2)
an A. E. V.	1 (2)

Vertikale Betriebsräte entfallen auf:

Einheitsverband	841
G. d. E.	95
A. E. V.	73
Industrieverband	2
Nationale G. d. E. (Stahlhelm)	2
Unorganisierte	1

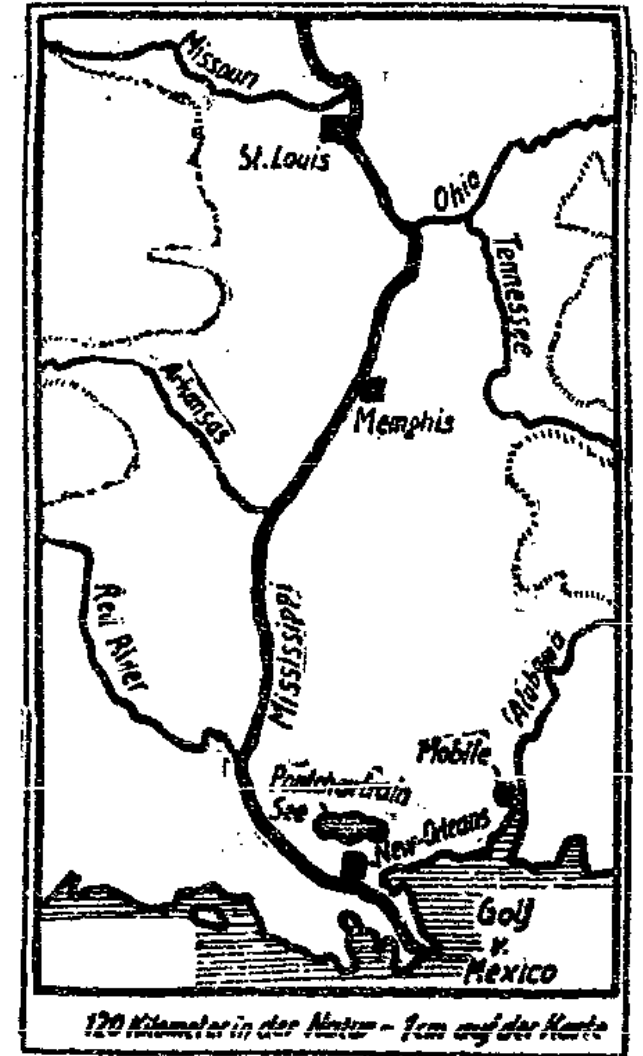
An Stimmenzuwachs hat der Einheitsverband 1143, G. d. E. und Nationale 369 gewonnen; der A. E. V. hat 161 und der Industrieverband 204 Stimmen verloren.

Aus vorstehendem Resultat ist zu ersehen, wie die anerkannte, praktische und zielbewusste Gewerkschaftsarbeit des Einheitsverbandes trotz Zug und Trug der Gegner bei den Eisenbahnern Anerkennung und dementsprechenden Stimmenzuwachs erhielt. Der Zuwachs der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner von 200 Stimmen hat sich infolge Verleumdung mit der völkischen Richtung (nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner), wo die letztere den Sieg davontrug ergeben. Dabei soll festgestellt werden, daß der Anhang der völkischen Richtung auf dem linken Flügel stand und die radikalste Gruppe war. Auch hat die G. d. E. fast alle bei ihr organisierten Beamten in den Dienst des Wahlkampfes gestellt und somit teilweise zu beeinflussen versucht. Besonders tat sich auf diesem Gebiete der völkische Wagenmeister Krüger, Station Freiburger Bahnhof, hervor. Der Industrieverband hat den Verlust von 204 Stimmen zu buchen und steht nur noch auf dem Papier. Desgleichen der A. E. V., einer der gefährlichsten Gegner, der um keinen Schmutz, keinen Krach, selbst um die gemindertsten Löhne nicht verlegen war, hat sein Urteil aus den Händen der Eisenbahner erhalten. Der Einheitsverband der Eisenbahner wird sich, genau wie in der Vergangenheit, das Vertrauen der Eisenbahner durch zielbewusste, praktische Gewerkschaftsarbeit zu erhalten und zu steigern wissen.

# Die Katastrophe im Mississippigebiet.

Der Mississippi hat am 15. Mai die Bayou- und die Desglaiseseiche im südlichen Louisiana durchbrochen. Die Fluten verheeren eine Fläche, die von rund 60 000 Farmern besiedelt ist und als das wertvollste amerikanische Zuckerproduktionsgebiet gilt. Zu der Baumwollkatastrophe tritt somit eine Katastrophe der amerikanischen Zuckererzeugung.

Die Hochwasserkatastrophe im Mississippigebiet, das mit 325 000 Quadratkilometern siebenmal so groß ist wie das Deutsche Reich, beruht auf den gewaltigen Wasserzuflüssen der Nebenflüsse des Mississippi und Missouri und des Ohio. Der Ohio, bei dem der Wasserstand oft um 20 Meter differiert steigt gewöhnlich in der Zeit vom Februar bis April an. Dagegen erreicht der Wasserstand des Missouri in der Regel erst im Juni, wenn die Ohiohochflut sich verlaufen hat, seinen höchsten Stand. Trifft das Hochwasser beider genannten Nebenflüsse zusammen, dann sieht das Mississippiital, eines der fruchtbarsten Ackergebiete der Welt, vor Uberschwemmungkatastrophen, wie wir sie augenblicklich erleben. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben im Laufe der Jahre bereits Hunderte von Millionen



Dollar für Regulierungs- und Schutzarbeiten ausgeworfen. Man hat sogar eine eigene Kommission, die sogenannte Mississippi-Kommission, gebildet, um den Uberschwemmungsgefahren des „Vaters der Ströme“ zu begegnen. Leider ist ihr der Erfolg bis jetzt verjagt. Die Schwierigkeiten der hier zu lösenden technischen Aufgabe werden erst begreiflich, wenn man bedenkt, daß sich die Wassermassen in einer Ausdehnung von einem Kilometer und einer Tiefe von über 40 Metern mit einer Geschwindigkeit von rund zwei Metern in der Sekunde dem Golf von Mexiko entgegenbewegen. Ein besonders bedrohter Punkt ist immer die unweit der Mississippimündung gelegene Stadt New Orleans. Sie liegt nur zwei Meter über dem Meeresspiegel und konnte auch diesmal nur durch Sprengung der weiter oberhalb gelegenen Mississippipdämme gerettet werden.

Da von den diesjährigen Uberschwemmungen des Mississippi wertvolles Kulturland, das für die Belieferung der Weltmarkenmärkte von größter Bedeutung ist, betroffen wird, ist die Wasserkatastrophe zugleich eine Wirtschaftskatastrophe von internationalem Ausmaß. Wie sich die Katastrophe im Zuckerproduktionsgebiet auswirkt, muß abgewartet werden, da bestimmte Nachrichten noch nicht vorliegen.

Im Uberschwemmungsgebiet liegen die drei Staaten Louisiana, Arkansas und Mississippi. Ihre Baumwollanbaufläche betrug für das Jahre 1926/27 rund 9,3 Millionen Acres (1 Acres = 4046 Quadratmeter). Da die gesamte Anbaufläche 1926/27 ungefähr 48 Millionen Acres ausmachte, sind gegenwärtig 20 Prozent der nordamerikanischen Baumwollanbaufläche überflutet. Die Ernte in den drei Staaten stellte sich 1927 auf 4,1 Millionen Ballen. Das sind ungefähr 25 Prozent der Gesamternte im genannten Jahr.

Die Folgen zeigen sich bereits seit einigen Tagen auf den Baumwollmärkten. Im Januar 1927 lag der Baumwollpreis noch mit rund 12,5 Dollarcentis pro lb. unter Friedensstand. Er hat sich seitdem um rund 26 bis 30 Prozent gesteigert. Das sind Preissteigerungen, die auf den Baumwollmärkten als sensationell gelten. Selbstverständlich ist, daß bei diesen Preissteigerungen die internationale Baumwollspekulation ein sehr großes Interesse hat.

die eine der besten Baumwollen, die sogenannte langstaplige Baumwolle, hervorbringen, zugute macht. Insbesondere ist zu beobachten, daß die amerikanische Spekulation Hand in Hand mit den ägyptischen und indischen Exporteuren arbeitet. So haben die Preise für Malokbaumwolle, namentlich aber die Preise für Salsaridid (ägyptische Baumwolle), später dann auch die Preise für Bengalsinde (Indische Baumwolle), die besonders die deutschen Wagnesspinnerien benutzen, stark angezogen. Diese Preisgestaltung ist gerade für die deutsche Textilindustrie bedenklich, da sie für längere Zeit mit Aufträgen verkehren und nun auf die durch Naturgewalten und Spekulation verheerte Baumwolle angewiesen ist.

Bis jetzt kann man allerdings über die endgültige Preisentwicklung gar nichts sagen. Dört eine Hitzewelle die Uberschwemmungsfluten aus, was zugleich eine wirksame Bekämpfung der Baumwollkrankheiten (Muschelkäfer usw.) bedeutet, dann sind Neuanpflanzungen in größerem Ausmaß wohl möglich. Sie dürften den Ausschlag für die Baumwollpreisgestaltung geben. Technisch sind Neuanpflanzungen durch gesteigerte Anwendung von Traktoren usw. durchaus möglich. Allerdings muß man mit den nordamerikanischen Bestrebungen auf eine Verminderung der Baumwollanbaufläche zum Zwecke einer durchgreifenden Preissteigerung rechnen. Ob diese Bestrebungen sich die Katastrophe in den Baumwollgebieten aber wirklich zunutze machen können, hängt immer noch von Faktoren ab, zugeteilt von den Entschlüssen der von der Katastrophe betroffenen Farmer selbst, die sich heute noch nicht überschauen läßt.

## Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung

### Enorme Preissteigerungen für Nahrungsmittel.

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich die einseitige, auf den Vorteil bestimmter Interessengruppen hinielende Wirtschaftspolitik der Reichsregierung nur allmählich in den Kleinhandelspreisen auswirkt. Infolge der sozialpolitischen Pläne der Regierung, der künstlichen Getreidepreissteigerung usw. zogen zunächst an allen Dingen die Großhandelspreise für Agrarartikel an. So steigerte sich der Preis für Roggenmehl (100 Kilogramm in Reichsmark) von 29,20 Mark im April 1926 auf 37,60 Mark im April 1927. Der Kartoffelpreis ging in der gleichen Zeit von 6,90 Mark auf 12,61 Mark in die Höhe und der Erbsenpreis von 40,67 Mark auf 65,10 Mark.

Die Auswirkungen dieser enormen Preissteigerungen geben wir für die wichtigsten Nahrungsmittel in folgender Zusammenfassung wieder:

	(für 1 Kgr. in Pfennigen, nach Preisstellungen des Preußischen Statistischen Landesamtes)	April 1913	April 1926	März 1927	April 1927
Roggenbrot . . . . .	28,9	28,7	35,8	35,9	
Roggenbrot mit Weizenmehlzusatz	28,9	35,9	43,5	44	
Roggenmehl . . . . .	30	34,9	43,6	43,6	
Reis . . . . .	39,7	52,8	60,7	60	
Hausbackzucker . . . . .	50,6	63,2	67,4	67,6	
Schwarzebohnen . . . . .	7,9	8,9	15,2	15,4	

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Preise für Waren, die den Hauptteil der Ernährung des deutschen Volkes bilden, ganz enorm gesteigert. In ihnen hat man unter anderem die Auswirkungen der verheerenden Zollpläne der Regierung zu sehen. Das gilt insbesondere für die Verteuerung der Kartoffel, des Weizens und des Brotes und des Zuckers. Die vorgeschlossene Lohnerhöhung kann den Ausgleich keineswegs herbeiführen.

Sowohl die Bevölkerung bei den letzten Wahlen der Wahlurne ferngeblieben ist oder für die bürgerlichen Parteien gestimmt hat, erhält sie in dieser Preissteigerung die entsprechende Quittung!

Die italienische Außenhandelsbilanz war im März mit 0,9 Millionen Lit. aktiv. Gegenüber Februar ist der Export um 0,8 Millionen auf 24,8 Millionen Lit. zurückgegangen, der Import um 8,2 Millionen auf 23,9 Millionen Lit. gestiegen.





